



GEMEINSAM GEHT'S.

***KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2026
FÜR OFFENBACH AM MAIN***

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN OFFENBACH (STADT)

INHALT

Wahlprogramm.....	5
Umweltschutz.....	6
Tierwelt in der Stadt	6
Saubere Stadt - Lebenswerte Zukunft.....	6
Gute Luft für Offenbach	7
Klimaschutz und Klimaanpassung.....	7
Stadtwald und Stadtgrün	7
Wasser ist das Lebenselixier!.....	9
Klimafreundliche Energie: Sozial, nachhaltig, zukunftssicher	10
Klimagerechte Stadtentwicklung in Offenbach	12
Klimakommunikation: Gemeinsam für eine klimagerechte Zukunft!.....	13
Verbindliche Klimafolgenabschätzung für alle Bauvorhaben.....	14
Klimaanpassung im Bebauungsplan	14
Intelligente Stromsysteme, Energiemanagement, Smart Meter	15
Klimaschutz im urbanen Mix	15
Mobilität und Stadtentwicklung.....	16
Sichere und gerechte Mobilität für alle	16
Stadtgestaltung und Innenstadt	18
Grün- und Freiräume	19
Infrastruktur und Verkehr	21
Wohnen und Zusammenleben.....	22
Umwelt und Lebensqualität	23
Soziale Gerechtigkeit.....	23
Wohnen ist ein Grundbedürfnis, kein Luxus!	23
Armutsbekämpfung - niemand wird zurückgelassen	24
Kinder- und Jugendarbeit.....	25
Gesundheit sozial & kommunal gestalten.....	26
Senior*innen in Offenbach - Selbstbestimmt und würdig altern	27
Vielfalt schützen & Diskriminierung bekämpfen	27
Soziale Infrastruktur	29
Wirtschaft und Finanzen	30
Moderne, bürgernahe Verwaltung.....	30
Solide Finanzen, gerechte Steuern.....	31
Stadtkonzern: Speerspitze der Klimawende.....	32
Starker Wirtschaftsstandort in der Region	33
Bildung.....	35
Kitas - Frühkindliche Bildung	35
Schulen	37
Schulentwicklung und Schulentwicklungsplanung.....	39

Außerschulische Bildungsangebote	39
Ausbildung und Studium	39
Erwachsenenbildung.....	40
Kultur macht Offenbach lebendig!	40
Kulturräume schaffen und sichern.....	40
Kultur für alle: Niedrigschwellig und mobil!.....	41
Kultur digital erleben – jederzeit und überall!	41
Kunst im öffentlichen Raum	41
Lebendige Kulturveranstaltungen und Feste.....	41
Live-Konzert-Account:.....	41
Kulturzentrum Hafen 2	41
Erinnerungskultur.....	41
Sport für Alle	42
Sport für alle Generationen.....	42
Freier Eintritt für Kinder!	42
Mehr Bewegung für Kinder!	42
Sport im Verein, Sport allein?	42
Schwimmen lernen – ein Grundrecht!	42
Soziale Teilhabe sichern.....	43
Ehrenamt wertschätzen und stärken.....	43
Generationenübergang in Vereinen.....	43
Mainufer kulturell beleben	43
Feminismus	43
Mobilität	43
Arbeitsmarktpolitik	44
Teilhabe und Mitbestimmung	44
Feministische Verwaltungsplanung	45
Gewalt gegen Frauen* und Mädchen.....	45
Demokratie.....	46
Demokratie und politische Bildung:.....	46
Schlusswort.....	47
Die Liste unserer Kandidat*innen.....	48

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Offenbach (Stadt)

Domstraße 87 – 89
63067 Offenbach
Tel. 069/823272
Mail: info@gruene-offenbach.de
www.gruene-offenbach.de

V.i.S.d.P.: Bündnis 90/Die Grünen, KV Offenbach (Stadt), Regina Umbach-Rosenow

WAHLPROGRAMM

Kommunalwahl am 15. März 2026 - Bündnis 90/Die Grünen Offenbach

Liebe Offenbacherinnen und Offenbacher,

Offenbach lebt von der Vielfalt seiner Menschen und von dem Mut, Dinge anzupacken. Wir GRÜNEN in Offenbach möchten Ihnen mit diesem Wahlprogramm keinen theoretischen Katalog, sondern eine Sammlung konkreter, umsetzbarer Ziele für die nächsten fünf Jahre vorstellen. Wir wissen: Kommunalpolitik wirkt dort, wo Sie es jeden Tag spüren – in der Schule oder im Kindergarten Ihrer Kinder, in der Nachbarschaft, auf dem Weg zur Arbeit oder beim Spaziergang durch die Innenstadt. Deshalb richten wir unseren Blick auf die Fragen, die unseren Alltag wirklich betreffen: Wie stärken wir Bildung, Arbeitsplätze und soziale Infrastruktur, wie wird Wohnen bezahlbar, wie wird der Verkehr in der Stadt inklusiv, sicher und klimafreundlich, wie gehen wir nachhaltig mit den knappen Finanzen der Stadt um, wie stärken wir die Attraktivität der Stadt für die Wirtschaft?

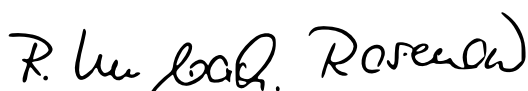
Dieses Programm ist das Ergebnis eines offenen, demokratischen Prozesses. Es entstand aus zahlreichen Workshops und Gesprächen in Stadtteilen, aus den Ideen von Vereinen, Initiativen und Menschen, die sich in der Stadtgesellschaft engagieren – nicht aus der Perspektive einer einzelnen Fraktion, sondern aus dem Austausch vieler Stimmen. Wir haben zugehört, gestritten, Prioritäten gesetzt und schließlich eine gemeinsame Linie entwickelt. Dabei standen nicht nur Ideale im Mittelpunkt, sondern die Frage, wie Lösungen wirklich vor Ort wirken. Wir denken vom Nordend bis zum Lauternborn, vom Buchrain bis Bieber-Waldhof, an das Mainufer und alle Viertel – jede Straße, jeder Park, jedes Jugendzentrum gehört dazu.

Die Inhalte unseres Programms sind konkret und messbar. Wir setzen auf: bessere Mobilität mit barrierefreien Wegen und attraktiven öffentlichen Verkehrslösungen; klimaschonende Infrastruktur, die auch langfristig bezahlbar bleibt; bezahlbaren Wohnraum in allen Quartieren; starke Schulen, verlässliche Bildungsangebote und lebenslanges Lernen für alle Altersgruppen; eine lebendige Innenstadt mit sicheren öffentlichen Räumen, die Begegnung ermöglichen; eine solide Finanzpolitik, die Investitionen dort ermöglicht, wo sie Wirkung zeigen; und eine Wirtschaft, die grüne Jobs schafft und lokale Unternehmen stärkt. Dabei behalten wir stets im Blick, dass die Ressourcen knapp sind. Deshalb geht es uns um klare Prioritäten: Weniger leere Versprechungen, mehr konkrete Projekte, die sichtbar werden – und zwar dort, wo es zählt: vor Ort.

Wir wissen, dass Veränderungen Zeit brauchen und oft Geduld erfordern. Doch wir sind überzeugt, dass wir mit einem solidarischen Miteinander mehr erreichen können: mit Beteiligung, mit Transparenz und Mut zu neuen Wegen und mit Respekt vor der Lebenswelt jedes und jeder Einzelnen. Deshalb laden wir Sie ein, sich zu informieren, mitzudiskutieren und mitzumachen. Lesen Sie unser Programm, stellen Sie Fragen, diskutieren Sie mit uns bei Veranstaltungen, an Ständen oder online. Ihre Anregungen helfen uns, Kurs und Fokus zu schärfen und die Zukunft Offenbachs gemeinsam verantwortungsvoll zu gestalten.

Zum Schluss bitten wir um Ihr Vertrauen. Wir glauben daran, dass Offenbach lebenswert bleiben und zugleich neue Perspektiven gewinnen kann – wenn wir gemeinsam handeln. Wählen Sie verantwortungsvoll, wählen Sie Bündnis 90/Die Grünen. Ihr Kreuz, Ihre Stimme – für eine Stadt, in der Teilhabe, Fairness und Nachhaltigkeit zuhause sind.

Ihre



Regina Umbach-Rosenow
Parteisprecherin

Bündnis 90/Die Grünen KV Offenbach (Stadt)



Regina Umbach-Rosenow
(Parteisprecherin)



Elmar Werner
(Parteisprecher)

Ihr



Elmar Werner
Parteisprecher

UMWELTSCHUTZ

Offenbach ist eine Stadt voller Natur: vom Main über den Stadtwald bis hin zu kleinen Biotopen in den Stadtvierteln. Wir wollen diese Vielfalt sichtbar machen, schützen und weiterentwickeln. Unser Ziel ist es, die biologische Vielfalt zu sichern und die Lebensräume für Tiere und Pflanzen zu stärken. Dazu gehören der Schutz und die ökologische Aufwertung unserer Gewässer wie Hainbach und Bieber, die Renaturierung von Uferbereichen sowie die Förderung naturnaher Grünstrukturen in Parks und auf Freiflächen.

Mit dem Beitritt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ hat sich Offenbach einer bundesweiten Bewegung angeschlossen, die Biodiversität als zentrale Zukunftsaufgabe versteht. Wir wollen diese Mitgliedschaft mit Leben füllen: durch konkrete Projekte zur Förderung der Artenvielfalt, durch den Austausch mit anderen Städten und durch die Verankerung von Biodiversität als Leitprinzip in der Stadtentwicklung. Ein zentrales Projekt ist der Aufbau eines durchgängigen Biotopverbunds, der Stadtwald, Mainufer, Gewässer und innerstädtische Grünflächen verbindet. Dieses ökologische „Band“ schafft Wanderkorridore für Tiere, stärkt die Artenvielfalt und macht Natur in allen Stadtteilen erlebbar.

Ein zentrales Anliegen ist der Verzicht auf chemisch-synthetische Pestizide auf allen (städtischen) Flächen. Stattdessen setzen wir auf naturnahe Pflegekonzepte, die Insekten, Vögeln und Kleintieren Lebensraum bieten und zugleich die Gesundheit der Menschen schützen. Offenbach soll Schritt für Schritt zur pestizidfreien Kommune werden.

Die Rückkehr des Bibers an die Bieber zeigt, dass Renaturierung und Artenschutz auch in einer dicht besiedelten Stadt erfolgreich sein können. Als streng geschützte Art schafft er durch seine Bauten wertvolle Lebensräume für Amphibien, Vögel und Insekten, verbessert die Wasserqualität und trägt zur natürlichen Hochwasservorsorge bei. Wir setzen uns dafür ein, den Biber konsequent zu schützen, Nutzungskonflikte fair zu lösen und seine Rückkehr als Chance für Mensch und Natur sichtbar zu machen.

Umweltgerechtigkeit ist für uns ein Grundprinzip. Alle Menschen in Offenbach sollen Zugang zu gesunden, grünen Freiräumen haben. Deshalb legen wir besonderes Augenmerk auf dicht bebaute Quartiere, in denen Naturerfahrungen oft fehlen. Wir schaffen dort ökologische Aufwertungen durch naturnahe Spielplätze, begrünte Innenhöfe oder kleine Naturinseln.

Unser Anspruch ist klar: Offenbach soll eine Stadt sein, in der Natur nicht nur am Rand existiert, sondern mitten im Alltag erfahrbar ist – als Lebensraum für Tiere und Pflanzen, als Ort der Erholung sowie als Quelle von Gesundheit und Lebensqualität für alle.

Tierwelt in der Stadt

Auch Stadttiere gehören zur Stadtnatur. Oft gelten sie als Problem. Wir setzen uns für einen respektvollen Umgang mit allen Lebewesen ein, auch mit „störenden“ Arten. Für Stadttauben führen wir ein gesundheitsorientiertes Taubenmanagement ein. Es verhindert unkontrollierte Vermehrung und verbessert ihre Lebensbedingungen. Die Ausbreitung invasiver Arten wie Nilgänse oder Waschbären beobachten wir und setzen auf einen faktenbasierten Umgang. Wir unterstützen Einrichtungen des Tierschutzes und Tierheime bei ihrer Arbeit und sorgen dafür, dass ihre Leistungen für die Öffentlichkeit angemessen honoriert werden. Wir setzen uns für eine Katzenschutzverordnung ein, um die unkontrollierte Vermehrung einzudämmen und das Tierwohl zu sichern.

Saubere Stadt - Lebenswerte Zukunft

Der öffentliche Raum ist unser gemeinsamer Lebensraum. Ein gepflegtes und sauberes Stadtbild steigert die Lebensqualität und macht Offenbach für alle attraktiv.

Wir GRÜNE wollen deshalb einen Sauberkeits-Masterplan für Offenbach erarbeiten. Unser Ziel ist es, Müll im öffentlichen Raum und in der Natur deutlich zu reduzieren und die Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Dazu gehören die Förderung von Mehrwegsystemen, die gezielte Umgestaltung von Hotspots, an denen sich viel Müll ansammelt, gut sichtbare Abfallbehälter, Lösungen für kostenlose Zeitungen sowie die Zusammenarbeit mit Aufstellern von Strom-, Post- und Netzkästen.

Bildung und Vorbildfunktion: Schulen und Kitas sollen frühzeitig für Müllvermeidung, richtige Entsorgung und Recycling sensibilisieren und damit eine Vorbildrolle übernehmen.

Gemeinsam mit Frankfurt prüfen wir die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer. Die Einnahmen daraus sollen direkt in Sauberkeit, Müllvermeidung und Mehrwegförderung fließen.

Unser Ziel: Offenbach als Zero-Waste-Stadt. Wir wollen Abfälle vermeiden, Ressourcen im Kreislauf halten und die Stadt lebenswerter machen. Dafür setzen wir auf ein Bündel von Maßnahmen:

- Mehrweg fördern: Gastronomie, Handel und Veranstaltungen stellen konsequent auf Mehrwegsysteme um. Wir unterstützen Betriebe bei der Einführung und machen Mehrweg zur attraktiven Standardlösung.
- Kommunale Vorbilder: Städtische Einrichtungen, Schulen, Kitas und Veranstaltungen verzichten auf Einwegplastik und leben ressourcenschonendes Verhalten vor.
- Kreislaufwirtschaft stärken: Repair-Cafés, Tauschbörsen und Second-Hand-Angebote verlängern die Lebensdauer von Produkten.
- Aufklärung und Beteiligung: Informationskampagnen und Bildungsangebote schaffen Bewusstsein für Abfallvermeidung und binden Bürger*innen aktiv ein.
- Saubere Stadt heißt: weniger Müll, mehr Lebensqualität – für Umwelt, Klima und alle Menschen in Offenbach.

Gute Luft für Offenbach

Die Luftqualität in Offenbach hat sich in den vergangenen Jahren verbessert. Die bisherigen Grenzwerte für Stickoxide und Feinstaub werden eingehalten. Ab 2030 gelten europaweit strengere Vorgaben. Die Grenzwerte für Stickstoffdioxid und Feinstaub sinken deutlich. Um diese Werte dauerhaft zu erreichen, setzen wir auf die konsequente Umsetzung des Luftreinhalteplans, weitere Verkehrsberuhigung, den Ausbau emissionsfreier Mobilität, eine gezielte Entlastung von Hotspots durch Verkehrslenkung und Begrünung sowie die transparente Veröffentlichung von Luftqualitätsdaten. So sichern wir die Fortschritte und machen Offenbach fit für die kommenden Standards.

KLIMASCHUTZ UND KLIMAAANPASSUNG

Klimaschutz und Klimaanpassung gehen uns alle an. In Offenbach sind die Auswirkungen der Klimaveränderung besonders spürbar. Wir haben lange Hitzeperioden, unser Trinkwasser wird knapper und unsere Grünflächen sowie Bäume leiden unter hohen Temperaturen und zu wenig Regen. Starkregen lässt Keller volllaufen. Kinder schwitzen in Schulen und Kindergärten. Ältere Menschen und andere gefährdete Gruppen leiden an Hitzetagen. Daher haben wir GRÜNEN in Offenbach bereits gehandelt. Wir schützen das Klima, mindern den CO₂-Ausstoß und fördern Maßnahmen, die uns an das geänderte Klima anpassen.

Für die nächste Kommunalwahlperiode haben wir uns Folgendes vorgenommen:

Stadtwald und Stadtgrün

2024 war das Jahr mit der höchsten Durchschnittstemperatur seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Das Frühjahr 2025 zählt zu den drei trockensten in Deutschland seit 1881.

Nicht nur wir Menschen leiden unter der zunehmenden Hitze, sondern auch Flora und Fauna. In unserem Stadtwald sind die Folgen des Klimawandels deutlich sichtbar: Die Fichten sind nahezu vollständig verschwunden. Auch Eichen, Kiefern und Buchen leiden unter den hohen Temperaturen und der zunehmenden Trockenheit.

Unser Ziel ist der ökologische Umbau unseres Stadtwaldes. So kann er dazu beitragen, die Folgen des Klimawandels abzumildern. Ein vitaler Wald erzeugt kühle und frische Luft, erhöht den Grundwasserschutz im Sinne des Schwammstadtkonzepts, ist Lebensraum für viele Tiere und – besonders hier im Ballungsraum – ein unschätzbare Ort der Erholung.

Wir setzen uns dafür ein, dass das auf Initiative der GRÜNEN beschlossene Waldkonzept umgesetzt wird, das den ökologischen Umbau des Stadtwalds zum Ziel hat. Konkret sind uns GRÜNEN folgende Maßnahmen wichtig:

- Schaffung eines klimaresilienten Laubmischwaldes

- natürliche Waldentwicklung auf mindestens 10 Prozent der Fläche
- Maßnahmen zur Wasserrückhaltung, einschließlich des Rückbaus vorhandener Entwässerungsinfrastruktur sowie des Anlegens temporärer Wassertümpel.
- Die Naturverjüngung, also die natürliche Aussaat heimischer Baumarten, hat Vorrang.
- Entnahme von Einzelbäumen statt Rodung großer Waldflächen

Wir setzen uns für ein Umsetzungsmonitoring ein, das in regelmäßigen Abständen erfolgt und es erlaubt, in der Umsetzung nachzujustieren, falls nötig.

Wir betrachten die Waldflächen auf Offenbacher Gemarkung und in direkter Nachbarschaft ganzheitlich und wollen in der kommenden Wahlperiode einen Dialog mit anderen Waldeigentümern und benachbarten Kommunen anstoßen, um den Naturraum Wald auch regional zu stärken und hohe Standards zu sichern.

Einen Bestattungswald auf der Fläche des kommunalen Offenbacher Waldes unterstützen wir. Ökologisch wertvolle Flächen kommen hierfür jedoch nicht in Betracht.

Um die Folgen des Klimawandels in der Stadt abzumildern, werden wir GRÜNEN unser Stadtgrün weiter stärken. Konsequente Begrünung kann die Stadttemperatur lokal um bis zu drei Grad senken. Gesunde Bäume in der Stadt sind Schattenspenden, Luftfilter und Lärmschutz sowie Lebensraum für Vögel und Insekten.

Wir GRÜNEN fordern, dass die Anzahl der Bäume im Stadtgebiet steigt und alle abgestorbenen Bäume ersetzt werden. Dafür wollen wir ausreichend Geld bereitstellen. Beim Ersatz der Stadtbäume achten wir auf klimaresiliente Sorten mit großem, schattenspendendem Kronendach. Gleichzeitig muss die Biodiversität der Sorten gewahrt bleiben.

Damit in unserer Stadt nicht noch mehr Bäume absterben, sind folgende Maßnahmen notwendig. Wir setzen uns dafür ein:

- Konsequente Bewässerung von Nachpflanzungen
- Vergrößerung der Baumscheiben oder weitreichende Flächenentsiegelungen
- Bewässerung von Bäumen mit von Dächern abgeleitetem Regenwasser.

Für städtisches Grün setzen wir uns für die Fortführung der Extensivierung und den Einsatz insektenfreundlicher Arten ein. Die Übernahme von Patenschaften für Grünstreifen in den Quartieren wollen wir bekannter machen und durch ein Fördermodell unterstützen.

Wir werden uns zudem dafür einsetzen, dass:

- In der Offenbacher Innenstadt die Grüne Mitte im Rahmen des Zukunftskonzepts Innenstadt konsequent umgesetzt wird. Ein entsprechendes Konzept liegt vor.
- Dabei soll die Grüne Mitte durch verschiedene Maßnahmen wie Fassaden- oder Dachbegrünung sowie Maßnahmen im Rahmen des Zukunftskonzepts Innenstadt dazu beitragen, dass mehr Schatten und mehr Aufenthaltsqualität in der Innenstadt entsteht und das Mikroklima sich verbessert. Wo immer möglich, sollen zudem Flächen systematisch entsiegelt werden. Die Erfahrungen aus anderen Kommunen und das Konzept der Grünen Mitte zeigen, dass dies möglich ist.
- Wir in Offenbach beginnen, Cool Spots und ein Cool Spot Network zu schaffen. Dies erlaubt Bewohner*innen, ihr Quartier fußläufig, ohne Gesundheitsbeeinträchtigung, auch in sommerlichen Hitzeperioden zu nutzen, einkaufen zu gehen und sich aufzuhalten. Cool Spots sind Regenerationsorte mit einem hohen Außenkomfort bei Hitze, zum Beispiel Bänke unter Bäumen oder an schattigen Orten mit guter Durchlüftung,
- Zugleich unterstützen wir alle Initiativen, die private Aktivitäten zur Klimaanpassung fördern, wie zum Beispiel Urban Gardening. Dazu zählen wir auch die städtische Baumfördersatzung und die Förderrichtlinie zur Klimaanpassung und Schwammstadt. Die Baumfördersatzung bezuschusst private Baumpflanzungen und den Erhalt von Altbäumen, die Förderrichtlinie unterstützt finanziell private Vorhaben zur Dach- und Fassadenbegrünung sowie Entsiegelungsmaßnahmen. Im neuen Offenbacher Stadtparlament werden wir GRÜNE uns dafür einsetzen, dass die finanziellen Mittel für beide Programme aufgestockt und inhaltlich kontinuierlich weiterentwickelt werden.

Wasser ist das Lebenselixier!

Sowohl Menschen als auch die Natur brauchen Wasser. Wasser ist zudem ein zentrales Element der Klimaanpassung.

Trinkwasser: Für alle lebenswichtig!

Trinkwasser ist das wichtigste Lebensmittel für uns Menschen. Es muss sauber sein, in ausreichender Menge zur Verfügung stehen und bezahlbar sein. Daher muss die Trinkwasserversorgung in Offenbach in kommunaler Hand bleiben. Durch den Klimawandel und starke Hitzeperioden werden die Ressourcen knapper, während gleichzeitig der Verbrauch steigt. Daher ist es wichtig, Trinkwasser, wo möglich, zu ersetzen. Das Wasserkonzept bildet die Grundlage für den Umgang mit Trinkwasser und die Sicherstellung der Versorgung. Für uns GRÜNEN stehen folgende Maßnahmen im Vordergrund:

- Für die Betriebswassernutzung: Substitution des Trinkwassers durch Brauchwasser, beispielsweise bei Rechenzentren, der ESO oder im Stadion,
- Information der Offenbacher*innen und Institutionen über Wassersparmöglichkeiten und Alternativen zur Trinkwassernutzung, z. B. bei der Gartenbewässerung,
- Weiterführung der Förderung des Zisternenbaus mit der von uns eingeführten Förderrichtlinie „Klimaanpassung“.

Wasser: Ein zentrales Element für die Klimaanpassung

Unsere GRÜNE Initiative war ausschlaggebend: Offenbach hat per Stadtverordnetenbeschluss entschieden, das Schwammstadtprinzip umzusetzen und eine Niederschlagswassersatzung einzuführen. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Weg konsequent weiterverfolgt wird. Die Umsetzung muss gefördert und ausgebaut werden. Nur so können wir mehr Bäume und Grün in der Stadt erhalten und die Hitze mindern. Gleichzeitig reduzieren wir die Gefahr von Überschwemmungen bei Starkregenereignissen, da weniger Wasser über die Kanalisation abgeleitet werden muss. Das heißt für die Umsetzung:

- Niederschlagswasser von Dächern, versiegelten Flächen und Sportplätzen muss zurückgehalten und gespeichert werden, zum Beispiel in Zisternen. So kann es für die Bewässerung oder als Brauchwasser genutzt werden.
- Mehr Flächen müssen entsiegelt werden. Das fördert die Versickerung. Das Wasser steht Bäumen und Pflanzen zur Verfügung und das Grundwasser wird angereichert.
- Das Schwammstadtprinzip muss in Bebauungsplänen und bei Einzelvorhaben festgesetzt werden, die einer parlamentarischen Zustimmung bedürfen.

Wasser in der Stadt

Wasser kühlt, erfrischt und löscht den Durst. Durch unser Engagement wurden die ersten zwei Trinkwasserspender in der Stadt installiert. Wir GRÜNEN arbeiten daran, mehr Wasser für alle in die Stadt zu bringen.

- Weiterführung des Baus von Trinkwasserbrunnen für öffentliche Plätze und Kinderspielplätze, z. B. im Büsing-, Dreieich- und Mainpark
- Kühlende und begehbare Brunnenanlagen für alle sowie mehr Wasserspiele auf Spielplätzen
- Integration eines Bächle-Systems in die Grüne Mitte der Innenstadt

Eine gute Instandhaltung und das Funktionieren der Wasseranlagen sind für alle wichtig. Hier sehen wir Optimierungsbedarf.

Wasser in der Schule

In Offenbach haben zu wenige Schulen Trinkwasserspender. Genügend zu trinken ist eine wichtige Grundlage für gutes Lernen und hohe Konzentrationsfähigkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass zügig in allen Schulen Trinkwasserspender installiert werden. Hier darf es nicht am Geld scheitern.

Wasser in Flüssen und Bächen

Wir setzen uns dafür ein, die Renaturierung der Bieber, des Hainbachs und des Kuhmühlgrabens fortzusetzen, um die Artenvielfalt und die Durchgängigkeit zu stärken. Wir wollen Gewässer im innerstädtischen Bereich öffnen. So werden sie für Menschen zugänglich. Der Naherholungswert und der Hitzeschutz steigen.

Die bestehenden Gebiete Bieberaue, Bürgeler Mainbogen, Rumpenheimer Mainbogen und die Freiflächen entlang des Kuhmühlgrabens müssen erhalten bleiben und dürfen nicht für Wohnbebauung genutzt werden. Diese Gebiete sind Naherholungsräume und Lebensräume mit hoher Artenvielfalt. Sie dienen außerdem dem Hochwasserschutz. Das gilt auch für den Parkplatz Mainvorgelände. Seine Bebauung lehnen wir ab. Stattdessen sollte diese Fläche dem Mainpark zugeschlagen werden.

Klimafreundliche Energie: Sozial, nachhaltig, zukunftssicher

Menschen stoßen durch viele Aktivitäten Kohlenstoffdioxid (CO₂) aus. Seit Jahrzehnten steigen die weltweiten Temperaturen durch Vorgänge, bei denen CO₂ eine Hauptrolle spielt. Deshalb gilt die Senkung des CO₂-Ausstoßes als wichtige Maßnahme zum Klimaschutz.

2005 schuf die Europäische Union einen Markt für Zertifikate. Zunächst mussten Unternehmen wie Energieversorger mit großen Kraftwerken für ihren CO₂-Ausstoß zahlen. 2021 kam ein weiterer Markt hinzu, auf dem Unternehmen aus den Bereichen Wärmeerzeugung und Verkehr Zertifikate kaufen müssen. Da die Anzahl dieser Zertifikate gedeckelt ist, steigt der Preis. Mit dem steigenden Preis haben immer mehr Unternehmen einen Anreiz, weniger CO₂ auszustößen. Über diesen marktwirtschaftlichen Mechanismus soll der CO₂-Ausstoß EU-weit bis 2050 und in Deutschland bis 2045 auf null sinken.

In den nächsten Jahren werden die Bereiche kommunale Energieversorgung, Verkehr und Gebäude die Wirkung des Zertifikatemarktes stärker spüren und Preissteigerungen an die Verbraucher*innen weitergeben. Durch Investitionen in klimafreundliche Technologien und Infrastruktur lassen sich diese hohen Kosten vermeiden. Die Entscheidung für die richtigen Investitionen liegt bei der Kommune sowie bei Eigentümern, Managern von Unternehmen, Vermietern usw.

Mietende sind dagegen stark von den Entscheidungen ihrer Vermietenden abhängig. Für diese Menschen muss die Stadt Offenbach durch weitsichtige Investitionen ein zu starkes Ansteigen des CO₂-Preises verhindern. Im nächsten Schritt muss sie alle sozialverträglichen Maßnahmen ergreifen, um bis 2045 Klimaneutralität zu erreichen. Für dieses Handeln stehen wir GRÜNEN.

Wir wollen:

- eine zielgruppenspezifische Aufklärung über Handlungsspielräume und Fördermöglichkeiten für Hausbesitzende, Industriebetriebe usw. Ein finanziell und personell verstetigtes Klimamanagement tritt mit der Stadtbevölkerung zum Thema CO₂-Preis in Dialog.
- die Umsetzung und Weiterentwicklung des „Klimakonzeptes 2035“ der Stadt Offenbach, um Klimaneutralität bis 2045, d. h. einen CO₂-Ausstoß von netto Null pro Person, zu erreichen.
- eine weitergehende Integration des Radverkehrs im Stadtgebiet, der eine Mobilität mit sehr niedrigem CO₂-Ausstoß ermöglicht.
- eine Weiterentwicklung des ÖPNV, der pro Kopf einen geringeren CO₂-Ausstoß hat als der Individualverkehr
- einen Fonds für Infrastrukturmaßnahmen, die den Energieverbrauch von Gebäuden senken oder die bauliche Vorbereitung auf Extremwetterereignisse ermöglichen. Gemeinsam mit den kommunalen Unternehmen prüfen wir, ob die Auslagerung von Planung, Finanzierung und Betrieb der Energieanlagen an einen spezialisierten Dienstleister für Offenbach eine geeignete Maßnahme ist, um wirtschaftlich rentable Energieeffizienzmaßnahmen durchzuführen. Diese Maßnahmen betreffen vor allem Wohngebäude der GBO und kommunale Gebäude wie das Rathaus oder Schulen.

Beim kommunalen Energieversorger EVO achten wir darauf, dass die EVO ihre Ziele des Kohleausstiegs bis 2030 und der klimaneutralen Wärmeversorgung bis 2040 erreicht, um die CO₂-Kosten, insbesondere bei der Fernwärme, zu senken.

Da die Stadt Offenbach nicht Mehrheitsgesellschafterin ist, liegt die strategische Ausrichtung der EVO nicht allein in ihrer Hand. Umso wichtiger ist es, dass wir unseren Einfluss geltend machen und klare Leitlinien für die Energiewende formulieren. Diese setzen wir gemeinsam mit der EVO partnerschaftlich um.

Strom- und Wärmewende: Gerecht und nachhaltig

Unser Energiesystem basiert überwiegend auf fossilen Energieträgern und ist abhängig von der Belieferung durch konfliktfreudige und instabile Länder. Ihr Verhalten führt oft zu Preissprüngen, die Menschen mit geringem Einkommen besonders belasten. Die Gewinnung, der Transport und die Verbrennung dieser Energieträger sind zudem menschenrechtlich fragwürdig, unterstützen Kriege und sind umwelt- und klimaschädigend.

Der nachhaltige Weg aus dieser Abhängigkeit ist der Umstieg auf lokale, erneuerbare Energien.

Die Stromwende bildet das Rückgrat der Energiewende. Sie ermöglicht eine kostengünstige Elektrifizierung der Wärmeversorgung und des Verkehrs.

Die Stromwende

Eine Kilowattstunde Energie aus Photovoltaik und Windkraft kostet heute rund 10 bis 15 Cent weniger als fossil erzeugter Strom. Die Errichtungskosten sind in den letzten Jahren massiv gefallen.

Aufgrund unserer Initiative hat das Stadtparlament beschlossen, alle kommunalen Gebäude schrittweise mit PV-Anlagen auszustatten. Der Ausbau muss erheblich beschleunigt werden.

Wir setzen uns dafür ein:

Es soll ein genauer Investitionsplan erstellt werden, sodass bis 2031 mindestens 80 % aller kommunalen Gebäude über PV-Anlagen verfügen. Diese Anlagen sollen sich im Eigentum der Stadt oder einer lokalen Bürgerenergiegenossenschaft beziehungsweise eines Bürgerfonds befinden. Die Stadt soll Vorteile, Finanzierungsmodelle und Erfolge transparent kommunizieren. Rechenzentren sollen verpflichtet werden, ihren Strom zu 100 % aus erneuerbaren Energien zu decken. Dies betrifft insbesondere den Ausschluss der Neuerrichtung von Blockheizkraftwerken.

Die Teilhabe an der Energiewende soll allen Menschen Offenbachs ermöglicht werden.

Wir fordern:

- Die Einrichtung eines lokalen Beteiligungsfonds für Investitionen, unter anderem in Dach- oder Balkon-PV-Anlagen.
- Eine Aufklärungskampagne zum seit 2024 geltenden Recht auf Balkonsolargeräte mit dem Fokus auf die Rechte von Mietenden. Ein Erklärungsflyer soll auch in den zehn häufigsten Zweitsprachen in Offenbach erstellt werden.
- Teilnehmende des Stromsparchecks erhalten, wenn sinnvoll und gewünscht, einen Zuschuss für ein Balkonkraftwerk.
- Gebäude- bzw. Liegenschaftseigentümer*innen werden von der Stadt ermutigt, Mietstromkonzepte zu planen oder ihre (Parkplatz-)Dächer für PV-Installationen zu verpachten.

Wir unterstützen außerdem die Gründung von Bürgerenergiegenossenschaften. Dies gilt auch für mögliche Bürger*innenwärmeprojekte.

Die Wärmewende

Bezahlbare, im Winter warme und im Sommer kühle Wohnungen sind für alle Menschen wichtig. Genau solche Wohnungen sind ein Glückstreffer. Für die meisten Wohnungen stellt die EVO und ihre Tochtergesellschaften die Wärmeversorgung sicher und bestimmt den Preis für Erdgas oder Fernwärme mit.



Die EVO ist mit dem Kohleausstieg 2030 auf einem guten Weg. Die derzeitige Planung der EVO, einschließlich ihrer Tochtergesellschaften, befindet sich aber noch in einem frühen Entwicklungsstadium auf dem Weg zur echten Klimaneutralität. Wir GRÜNEN begleiten diesen Weg konstruktiv und zusammen mit dem Umweltamt hin zu einem sozialen und geordneten Umbau mit dem selbstgesteckten Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2040. Wir haben dabei im Blick, dass in Offenbach viele Menschen leben, die selbst wenig Geld zur Verfügung haben und als Mieter*innen keine Möglichkeit haben, die Wärmeträger-Entscheidung der Hausbesitzer*innen und Vermieter*innen zu beeinflussen.

Fern- und Nahwärme

Wir GRÜNEN wollen darauf hinwirken, dass die Fernwärmepreise möglichst stabil und konkurrenzfähig bleiben, wobei das Fernwärmenetz erweitert werden soll und wir dies grundsätzlich begrüßen.

Unsere Eckpfeiler sind:

- Wir unterstützen die EVO in ihrem Plan, den Kohleausstieg bis 2030 zu schaffen.
- Fernwärme muss zukunftssicher aufgestellt sein, dies bedeutet für uns, dass die Technologie krisensicher und effizient ist. Zentral ist für uns:
 - Die Nutzung der Abwärme von Rechenzentren. Das bedeutet auch, dass der sehr sinnvolle Stadtparlamentsbeschluss bezüglich neuer Entstehungsorte von Rechenzentren bleibt und gelebt wird.
 - Die Prüfung von weiteren dezentralen Wärmepumpeneinspeise-Lösungen - auch in Kombination mit Mieterstromkonzepten.
 - Die Nutzung mindestens einer Großflusswärmepumpe.
 - Eine dezentrale, erneuerbare Wärmeherzeugung für unser Fernwärmenetz.
 - Vom Ausbau von Wärme-Biomasse-Anlagen, insbesondere von Pellet-Anlagen, sollte aufgrund der bereits existenten Ressourcen-Verknappung und der Freisetzung von CO₂ abgesehen werden.
- Unser Ziel ist, dass die EVO prüft, ob spätestens 2040 die Fernwärmetemperatur auf 70 Grad abgesenkt werden kann.

Die kommunale Wärmeplanung soll im zweiten Quartal 2026 abgeschlossen sein. Dann wissen wir, in welchen Stadtteilen Wärme erzeugt werden kann und wo Nah- und Fernwärme genutzt werden können. Dieses Thema bewegt viele Menschen in unserer Stadt. Deshalb ist es uns wichtig, dass die Stadt die Bevölkerung umfassend über die Inhalte der kommunalen Wärmeplanung und somit über die Potenziale der Wärmeversorgung informiert.

Wir helfen Bürger*innen bei der Wärme- und Energiewende:

Unser Ziel ist es, die Bevölkerung zu schützen und ein qualitativ hochwertiges Handwerk zu fördern. Dafür erweitern wir die städtische Energieberatung. Dort werden Wärmeplanung und Energieberatung gemeinsam durchgeführt. Die Energieberatung wird ein sichtbarer Bürgerservice und prüft Wärmepumpen-Angebote sowie Quartierskonzepte zur Energie- und Wärmeplanung qualifiziert und unabhängig.

Wir sind der Meinung, dass Klimaanpassung nicht zu sozialer Ungerechtigkeit führen darf. Wir setzen uns für eine faire Kostenverteilung ein und fordern Förderprogramme, die einkommensschwache Haushalte bei Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen unterstützen, zum Beispiel bei Balkonkraftwerken und Verschattungsmaßnahmen.

Klimagerechte Stadtentwicklung in Offenbach

Die Klimakrise erfordert ein Umdenken in der Stadtplanung. Bebauungspläne und städtebauliche Verträge sind dabei wichtige Instrumente, um Klimaschutz und Klimaanpassung in die Stadtentwicklung zu integrieren. Wir wollen sie nutzen, um eine lebenswerte, klimaresiliente Stadt für alle zu schaffen.

Klimaschutz als Pflichtaufgabe in der Bauleitplanung

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Klimaschutz und Klimaanpassung verbindliche Bestandteile jedes Bebauungsplans werden. Wir fordern, dass bei allen neuen Bauvorhaben die Installation von Photovoltaikanlagen auf geeigneten Dächern und an Fassaden verpflichtend wird. Die Dachflächen werden so

ausgerichtet, dass die Sonnenenergie optimal genutzt wird. Flachdächer sind mit mindestens extensiver Dachbegrünung auszustatten.

Ab 2026 muss jeder Neubau ein verpflichtendes Klimaneutralitätskonzept vorlegen. Dieses Energiekonzept soll die Bereiche Energieversorgung, Gebäudehüllen, Lüftung, Wasserwirtschaft und Klima umfassen. Die Zielvorgabe für Wohnneubauten ist die KfW-Gebäudeklasse „Klimafreundlicher Neubau“. Für Gewerben Neubauten streben wir mindestens eine DGNB-Gold-Zertifizierung an.

Bauherren müssen nachweisen, wie ihr Gebäude klimaneutral mit Wärme und Energie versorgt wird. Der Einsatz fossiler Energieträger und von Holz ist nicht zulässig. Dazu gehören Nachweise über die geplante Wärmeerzeugung, den Energiebedarf und die Integration erneuerbarer Energien. Wir setzen uns dafür ein, dass mit jedem Bauantrag ein solches Energiekonzept eingereicht wird.

Klimaschutz funktioniert am besten gemeinsam. Deshalb fördern wir Quartierslösungen für die Wärme- und Energieversorgung. Wo rechtlich möglich, verpflichten wir Bauträger größerer Projekte, eine Wärmeversorgung zu gewährleisten, die zu 100 % durch erneuerbare Energien gedeckt wird.

Gleichzeitig schaffen wir Beratungsangebote, die Bauherren bei der Planung und Umsetzung ihrer Wärme- und Energiekonzepte unterstützen. Dies soll die Aufgabe einer Stabsstelle sein, die wir für die Energie- und Wärmewende schaffen wollen.

Grün-Blaue Infrastruktur und lebenswerte Baugebiete

Zunehmende Hitzeperioden und Starkregenereignisse erfordern durchdachte Anpassungsmaßnahmen. In Bebauungsplänen schreiben wir verbindliche Grünflächenanteile von mindestens 40 Prozent fest. Wir setzen auf mehrschichtige Begrünung mit klimaresilienten, heimischen Arten, die Insekten und Vögeln Lebensraum bieten. Mit der Niederschlagswassersatzung haben wir GRÜNEN die verpflichtende Integration von Regenwassermanagement für alle Bauvorhaben festgeschrieben. Dazu gehören Retentionsflächen, Rigolen, Zisternen und die Entsiegelung von Flächen. Hieran werden wir festhalten und es weiterentwickeln. Anstelle versiegelter Parkplätze fördern wir wasserdurchlässige Beläge und übergrünte Tiefgaragen, sofern diese unter nicht überbauten Flächen errichtet werden. In Bebauungsplänen wollen wir festschreiben, dass mindestens 50 Prozent aller nicht überbauten Flächen unversiegelt bleiben, davon 25 Prozent mit natürlicher Beschattung. Dächer sollen mindestens extensiv begrünt werden. Wir ermöglichen Fassadenbegrünungen in unseren Bebauungsplänen, sodass für solche Vorhaben keine Bauanträge mehr notwendig sind. Das entlastet auch die Bauaufsicht. So schaffen wir lebenswerte Quartiere, die dem Klimawandel trotzen.

Klimakommunikation: Gemeinsam für eine klimagerechte Zukunft!

Die Klimakrise erfordert entschlossenes Handeln auf allen Ebenen. Wir GRÜNE wollen die Offenbacher*innen aktiv in den Klimaschutz einbinden, sie informieren und klimafreundliches Verhalten belohnen. Nur gemeinsam können wir die Herausforderungen der Klimakrise bewältigen und Offenbach zukunftsfähig gestalten.

Klimabewusstsein fördern - Beteiligung und Beratung stärken

Wir GRÜNE setzen auf umfassende Information und Bildung, um alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Bestehende Beratungs- und Bildungsangebote wollen wir ausbauen und weiterentwickeln. Wir schaffen Beteiligungsformate, die es allen Menschen ermöglichen, ihre Ideen und Bedenken einzubringen. So entstehen Lösungen, die die Stadtgesellschaft mitträgt und die funktionieren.

Wir schaffen ein Netzwerk von Klima-Werkstätten – von Repair-Cafés bis zu Energiegenossenschaften. Wir schaffen eine digitale Beteiligungsplattform für niedrigschwellige Beteiligung. Hier können Offenbacher*innen Konzepte zur Stadtbegrünung entwickeln, Standorte für Trinkwasserbrunnen vorschlagen und weitere Ideen für den Klimaschutz einbringen.

Unsere Ziele sind:

- Informationskampagnen zur Hitzeresilienz für gefährdete Gruppen wie Senior*innen in den eigenen vier Wänden – mehrsprachige Informationsbroschüren zu Klimaschutz und -anpassung
- Übersetzung und aktive Bewerbung der SCAPE-Dauerausstellung
- Fortsetzung der kostenlosen Energieberatung für Eigenheimbesitzende

- Gezielte Informationskampagnen für Mietende zum Energiesparen
- Klimaschutz-Aktionsprogramme in Kitas, Jugendzentren und Schulen
- Regelmäßige Klimaaktionstage mit Teilnehmenden aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft
- Kooperationsprojekte für Klimaschutz und Klimaanpassung zwischen Schulen, Vereinen, Unternehmen und der IHK. Die Stelle des städtischen Klimaschutzmanagements bleibt unbefristet erhalten.
- Umbau der Kommission für Umweltschutz zu einem Umwelt-Beirat mit Klimafokus
- Entwicklung einer Gestaltungssatzung für Klima und Freiraum gemeinsam mit Bürger*innen

Den Klima-Check für Beschlussvorlagen im Magistrat setzen wir fort. Mithilfe eines Online-Klima-Cockpits auf der städtischen Website machen wir Fortschritte und Herausforderungen für alle Einwohner*innen transparent sichtbar. Jährliche Sachstandsberichte des Klimaschutzmanagements fördern Reflexion und Weiterentwicklung der Fortschritte.

Klimafreundliches Verhalten belohnen und fördern

Wir von den GRÜNEN führen den Klima-Taler als lokale, nachhaltige Währung ein. Der Klima-Taler ist eine digitale Belohnung für klimafreundliches Verhalten. Über eine App sammeln Nutzer*innen Klima-Taler, wenn sie CO₂ einsparen – zum Beispiel durch Radfahren, Energiesparen oder bewussten Konsum. Die gesammelten Taler können gegen Prämien wie Rabatte bei lokalen Händlern oder freien Eintritt zu Kultur- und Freizeitangeboten eingetauscht werden. Lokale Unternehmen erhalten dadurch eine kostenlose Marketingplattform, und der Handel wird gestärkt.

Besonders emissionsarm produzierende Betriebe zeichnen wir mit einem Klima-Siegel aus.

Die 2025 eingeführte Förderrichtlinie „Gemeinwohlorientiertes Engagement, Klimaschutz und Klimaanpassung“ wird fester Bestandteil des städtischen Haushalts. Zusätzlich richten wir einen Offenbacher Klima-Fonds ein. Er wird durch kommunale Mittel sowie Spenden finanziert und unterstützt lokale Klimaschutzprojekte und Bürgerenergiegenossenschaften.

Verbindliche Klimafolgenabschätzung für alle Bauvorhaben

Wir setzen uns dafür ein, dass Kaltluftschneisen und Frischluftentstehungsgebiete frei bleiben. So wird die Siedlungsstruktur durchlüftet und sorgt im Sommer für Abkühlung.

Wir stärken die Bauaufsicht, um die Umsetzung der Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen stringenter zu überwachen.

Klimaanpassung im Bebauungsplan

Im Projekt „Klimaschutzstadt Offenbach“ überarbeiten wir ausgewählte ältere Bebauungspläne. Die nachträgliche Integration von Klimaschutzmaßnahmen in bestehende Bebauungspläne ist rechtlich möglich. Wir fordern, mithilfe vorhandener Leitfäden und Musterformulierungen effektive und rechtssichere Änderungen vorzunehmen, um Planungen an die Herausforderungen des Klimawandels anzupassen. „Städtebauliches Erfordernis“ ist die zentrale rechtliche Begründung, um neue oder geänderte Festsetzungen in einen Bebauungsplan aufzunehmen. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass eine Gestaltungssatzung für Klima und Freiraum entsteht. Sie schreibt bei Neu- und Umbauten eine an das Klima angepasste Gestaltung von Gebäuden und Freiflächen vor. Ziel ist die Verbesserung des Mikroklimas, die Vermeidung von Überwärmung und Überflutung sowie die Förderung der Artenvielfalt. So reagieren wir schnell und effektiv auf die Herausforderungen der Klimakrise.

Verbindliche Vorgaben für Dach- und Fassadenbegrünung

Künftig sollen alle statisch geeigneten Flachdächer begrünt werden, unabhängig von geltenden Bebauungsplänen. Auch Fassaden können mit Kletterpflanzen oder vertikalen Gärten ausgestattet werden. Ziel dieser Änderung ist eine Verbesserung des städtischen Mikroklimas in allen Stadtteilen. Zunehmende klimatische Extremereignisse machen die Förderung verdunstungsaktiver Oberflächen notwendig, um die Wohn- und Aufenthaltsqualität zu sichern.

Klimafreundliche Materialien fördern

Die Wahl der Baumaterialien beeinflusst die Klimabilanz und die Hitzeentwicklung in unseren Städten entscheidend. Wir fordern in den Gestaltungssatzungen klare Vorgaben für helle, reflektierende Oberflächen und den verstärkten Einsatz nachwachsender Rohstoffe wie Holz.

Gleichzeitig wollen wir versiegelte Flächen reduzieren. Vorgaben zu wasserdurchlässigen Belägen für Parkplätze, Wege und Plätze verbessern die Versickerung von Regenwasser und entlasten die Kanalisation bei Starkregen. Die Entsiegelungsprämie, die Anreize für Grundstückseigentümer*innen schafft, führen wir fort.

Solarnutzungspflicht

Der flächendeckende Einsatz solarer Energie im Gebäudebestand ist ein zentrales Ziel der kommunalen Klimaschutzstrategie. Um den CO₂-Ausstoß zu mindern, wird die Installation von Photovoltaikanlagen auf geeigneten Dachflächen verbindlich festgesetzt. Diese Maßnahme ist für die städtebauliche Entwicklung energieeffizienter Quartiere erforderlich.

Intelligente Stromsysteme, Energiemanagement, Smart Meter

Für das Gelingen der Energiewende sind intelligente Stromnetze und Energiemanagementsysteme unerlässlich. Sie sorgen für Effizienz und Kosteneinsparungen. Sie federn Lastspitzen ab und senken den Bedarf an Gaskraftwerken sowie die Verbrennung fossiler Brennstoffe. Smart Meter und Smart Grids werden vor Ort eingesetzt. Ihre Weiterentwicklung liegt in der Verantwortung der lokalen Akteure. Bürger*innen können die Herausforderungen Klimaschutz, Klimawende und Kostensenkung direkt angehen und aktiv werden.

Unternehmen profitieren von den Kosteneinsparungen und sichern sich Wettbewerbsvorteile.

Was wir tun wollen:

- Wir unterstützen den Ausbau der Smart-Meter-Infrastruktur und fordern eine schnellere und sozial gerechtere Einführung in der Kommune.
- Wir bauen die Energieberatung vor Ort aus, um Bürger*innen bei der Nutzung von Smart Metern und Energieeffizienzmaßnahmen zu unterstützen.
- Wir setzen uns für „Smart City“-Modellquartiere ein, in denen Smart Meter mit erneuerbaren Energien und Speichern kombiniert werden.
- Wir unterstützen die Stadt bei ihrem Projekt „Open Smart City Offenbach“. Dabei geht es um den Einsatz digitaler Technologien und intelligenter Infrastruktur, unter anderem zur Energieeffizienz und zum Smart Metering. Die Stabsstelle Digitalisierung koordiniert diese Aktivitäten und arbeitet mit lokalen Partnern zusammen.

Klimaschutz im urbanen Mix

Mischgebiete, in denen Wohnen und Gewerbe nebeneinander existieren, bieten einzigartige Chancen für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Sie fördern kurze Wege und lebendige Nachbarschaften. Sie sind Vorreiter für innovative Klimaschutzmaßnahmen. Wir wollen diese Potenziale nutzen und Mischgebiete zu Modellquartieren für klimafreundliches Leben und Wirtschaften entwickeln. Durch die verpflichtende Nutzung von Abwärme aus Gewerbebetrieben für angrenzende Wohngebäude schaffen wir Synergien und sparen Ressourcen.

MOBILITÄT UND STADTENTWICKLUNG

Sichere und gerechte Mobilität für alle

Wir wollen, dass sich alle Menschen sicher, komfortabel und klimafreundlich durch unsere Stadt bewegen können. Deshalb setzen wir auf sichere, barrierefreie und durchgängige Wege für den Fuß- und Radverkehr und den Ausbau des ÖPNV. Bestehende Fahrradstraßen werden sicherer gemacht, Lücken im Radwegenetz geschlossen und Rad- und Gehwege saniert. Schulstraßen sollen -wo dies möglich ist- eingerichtet werden, Tempo 30 und neue Fußgängerüberwege vor Kitas und Schulen sowie auf stark frequentierten Schulwegen wird zur Regel. Der Verkehrsentwicklungsplan zeigt: Temporeduzierung, Lärm- und Schadstoffminderung sowie eine gerechtere Flächenverteilung sind zentrale Hebel für mehr Lebensqualität. Deshalb wollen wir weitere Abschnitte auf ihr Verkehrsberuhigungspotenzial prüfen und die Straßenräume zugunsten des Umweltverbunds neu ordnen - für sichere Wege, saubere Luft und weniger Trennwirkung im Stadtbild.



In Wohnquartieren wie z.B. dem Nordend oder Senefelderquartier prüfen wir die Einführung von "Superblocks". Mit einem ausgeklügelten System von Einbahnstraßen und Diagonalsperren wird verhindert, dass die Autofahrenden die Wohngebiete für Abkürzungs- bzw. Durchgangsverkehr nutzen. Trotzdem ist jeder Ort immer noch mit dem Auto erreichbar. Sinn dieses Verkehrskonzeptes ist es den Verkehr zu beruhigen sowie die Verkehrssicherheit und die Aufenthaltsqualität im Quartier zu erhöhen.

Wir werden dafür sorgen, dass es in Zukunft im Offenbacher Busverkehr mehrere fahrscheinfreie Tage pro Jahr geben wird. So kann der ÖPNV dazu beitragen, dass mehr Familien, ältere Menschen und allgemein Personen ohne Zugang zu Flatrate-Tickets am Kulturleben teilnehmen bzw. die Einkaufsmöglichkeiten der Stadt nutzen können.

Stärkung von Fuß- und Radverkehr

Das Fahrradparkhaus in der Innenstadt soll von der Stadt in den Regelbetrieb überführt werden. Weitere Fahrradabstellanlagen sollen insbesondere an den ÖPNV-Haltestellen und auch in Wohngebieten ausgebaut werden. Der Fußverkehr soll gestärkt und gesichert werden. Der Stellenwert der Fußgänger*innen soll eine hohe Priorität haben, und soll sich in einem neu zu entwickelnden Fußverkehrskonzept widerspiegeln. Gehwege sollen möglichst frei von Hindernissen, wie Verkehrszeichen, Ladesäulen und Parkautomaten sein.

Mit der Einsetzung eines ehrenamtlichen Fuß- und Radverkehrsbeauftragten bündeln wir die verkehrspolitischen Ziele in einer unabhängigen Stelle.

Der Beschluss zum Radentscheid wird weiter umgesetzt. Dafür sollen weiterhin jährlich 600.000 € eingeplant werden - mit Fokus auf Qualität, Sicherheit und Lückenschlüsse. Insbesondere sollen die bereits identifizierten Maßnahmen aus der Vereinbarung "Für eine fahrradfreundliche Stadt Offenbach am Main", wie die sichere Führung für Radfahrende über die Kreuzung Berliner Straße/Karlstraße, eine Radfahrspur auf der Sprendlinger Landstraße und die Priorisierung des Industriebahnradwegs zügig geplant und umgesetzt werden. Das neue bzw. fortgeschriebene Radverkehrskonzept wird einen wichtigen Beitrag dazu leisten. So entsteht eine Infrastruktur, die Rücksicht nimmt, schützt und allen Verkehrsteilnehmenden zugutekommt.

Ob zu Fuß, mit dem Rad, dem ÖPNV oder dem Auto unterwegs - jede Verkehrsform hat ihre Vor- und Nachteile. Der Clou liegt in der Ermöglichung einer intelligenten Kombination aller Verkehrsformen zu einem individuellen und möglichst umweltschonenden Mobilitätsmix. Voraussetzung ist hierbei die gleichberechtigte Behandlung aller Verkehrsformen. Daher soll die von uns erreichte Drittelung der Mittel für die Sanierung von Wegen für den Rad-, Fuß- und PKW-Verkehr bestehen bleiben.

Denn sichere und klar gestaltete Wege entlasten alle Verkehrsteilnehmenden: weniger Konflikte, mehr Übersichtlichkeit und ein besseres Miteinander auf unseren Straßen - für Kinder und Jugendliche, ältere Menschen und Menschen mit Einschränkungen, Berufspendler*innen, Radfahrende, Fußgänger*innen und Autofahrende gleichermaßen.

Der südmainische Radschnellweg zwischen Frankfurt und Hanau soll auch durch Offenbach führen - wir setzen uns dafür ein, dass der Abschnitt auf Offenbacher Gebiet zügig geplant und gebaut wird. So schaffen wir eine neue, schnelle und sichere Verbindung für Radfahrende - eine echte Alternative zum Auto.

Klimaschutz durch Antriebswende

In Kooperation mit den örtlichen Taxiunternehmen wollen wir den Umstieg auf emissionsfreie Fahrzeuge gezielt fördern. Wir prüfen, wie Anreize und Rahmenbedingungen so gestaltet werden können, dass der emissionsfreie Betrieb von Taxis Vorrang erhält. Damit die Busse schneller ihre Wege zurücklegen können, vervollständigen wir die Busbeschleunigung durch intelligente Ampelschaltungen und führen weitere Busspuren ein. Das spart Zeit im Alltag und macht den Umstieg auf den ÖPNV attraktiver - für alle, die auf Busse angewiesen sind.

Wir verringern weiter die CO₂-Emissionen durch die Umstellung auf E-Antriebe bei der turnusgemäßen Fahrzeugerneuerung der restlichen Busflotte der OVB. So macht auch der Verkehrsentwicklungsplan deutlich: Die Umstellung auf Elektrobusse ist ein zentraler Baustein für klimafreundliche Mobilität in Offenbach. Bereits 40 % der Flotte fahren elektrisch - wir wollen diesen Weg konsequent weitergehen. Mit Unterstützung von Förderprogrammen und klaren Ausbauzielen treiben wir die vollständige Elektrifizierung des ÖPNV voran. So schaffen wir leise, saubere und zukunftsfähige Mobilität für alle.

Öffentlichen Nahverkehr ausbauen

Um den öffentlichen Nahverkehr noch attraktiver und barriereärmer zu gestalten, wollen wir zentrale Umsteigehaltstellen mit wirksamem Wetterschutz ausstatten und sicherstellen, dass an jeder Haltestelle mindestens eine Sitzgelegenheit vorhanden ist. Und nicht zuletzt gilt: Viele Menschen sind auf den ÖPNV angewiesen. Darum setzen wir uns für ein besseres Mindestangebot ein - mit dichteren Takten, besseren Anschlussverbindungen und einer konsequent weiterentwickelten Struktur bei der städtischen NIO. Mobilität ist Teilhabe - und Offenbach muss für alle erreichbar bleiben. Frühere Kürzungen im Busverkehr waren eine schwierige, aber damals unvermeidbare Entscheidung aufgrund der finanziellen Lage. Von Beginn an war jedoch klar: Sobald es die Mittel erlauben, soll das Angebot wieder ausgebaut werden. Durch eine umfassende Reorganisation konnten nicht nur Einsparpotentiale ausgemacht werden, sondern auch Einnahmen generiert werden - und diese Chance haben wir sofort genutzt, um mehr Busse fahren zu lassen und das neue Mindestangebot festzuschreiben. Dennoch bestehen weiterhin Lücken im Liniennetz, die geschlossen werden müssen. Wir werden diese Verbesserungen konsequent am Nahverkehrsplan Offenbach ausrichten, der klare Ziele für dichtere Takte, bessere Anschlüsse und ein flächendeckend attraktives Busnetz vorgibt. Ein gut ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) führt zu weniger Lärm und besserer Luft für die Menschen in unserer Stadt. Er ist wichtig für den Wirtschaftsstandort Offenbach.

Straßenbahn

Die reaktivierte Straßenbahn wäre ein Qualitätssprung für den ÖPNV. Wir unterstützen eine neue Straßenbahnverbindung durch Offenbach, unter Einbeziehung von Bürgel und Rumpenheim und die direkte Anbindung an Frankfurt - insbesondere in Richtung Oberrad und Fechenheim. So stärken wir die Innenstadt und schaffen eine leistungsstarke, emissionsfreie Verbindung für Pendelnde und Besucher*innen. Damit das Vorhaben Wirklichkeit werden kann, haben wir eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben.

Schiienenverkehr

Die S-Bahn ist vielerorts überlastet. Mit der Unterstützung der Machbarkeitsstudie zur Südtangente wollen wir dazu beitragen, neue Verkehrsverbindungen zwischen den Kommunen zu schaffen und bestehende Strecken zu entlasten - für mehr Verlässlichkeit im regionalen Verkehr. Die vom RMV geplanten Maßnahmen zur Verringerung der Kapazitätsengpässe und der Verspätungsursachen sowie der Erhöhung der Betriebsqualität im S-Bahnssystem in Richtung Bieber bzw. Mühlheim sind für uns absolut notwendige Stärkungen der S-Bahnlinien, die von Offenbach nach Hanau bzw. in den Kreis Offenbach führen. Perspektivisch kann damit auch die S-Bahn-Station Ulmenstraße bei den An den Eichen kommen.

Wir machen uns stark für eine Anbindung von Offenbach an die geplante Regionaltangente Ost für die bessere Anbindung an Frankfurts Osten.

Die Planungen im Zusammenhang mit dem Frankfurter Fernbahntunnel werden wir im Interesse Offenbachs konstruktiv-kritisch begleiten, mit dem Ziel den Bahnstandort Offenbach zu stärken. Dazu sollten die beiden in

Aussicht gestellten Hessen-Express-Verbindungen gehören, die aus Richtung Fulda bzw. Aschaffenburg über Offenbach durch den Fernbahntunnel nach Wiesbaden fahren sollen. Hierzu ist eine Taktverdichtung der bisher stündlich angedachten Verbindungen erforderlich, sodass vier Expresszüge mit Halt in Offenbach möglichst im 15 Minuten-Takt mit Frankfurt Hbf / Flughafen Fernbahnhof verkehren. Diese Verbindungen sollen den bestehenden Regionalbahn und -expressverkehr ergänzen.

Seilbahn Offenbach - Frankfurt

Wir sehen in einer Seilbahn, wie sie z.B. aktuell in einer Machbarkeitsstudie der Hochschule für Gestaltung untersucht wird, eine mögliche emissionsarme und nachhaltige Ergänzung zum öffentlichen Nahverkehr. Die laufende Studie wird zeigen, ob das Projekt technisch und finanziell umsetzbar ist. Für uns gehört es zur Verantwortung, neue Mobilitätsformen sorgfältig zu prüfen und offen zu denken.

Regionalkonzepte

Wirtschaftsverkehr endet nicht an der Stadtgrenze - darum braucht es eine gemeinsame Strategie mit den Kommunen der Region. Offenbach soll sich aktiv in die Entwicklung regionaler Konzepte einbringen, die Lieferverkehre effizienter, klimafreundlicher und besser steuerbar machen. Der Verkehrsentwicklungsplan (VEP) unterstreicht die Dringlichkeit: Ohne abgestimmte Maßnahmen drohen steigende Belastungen für Umwelt und Infrastruktur. Weniger Lieferverkehr, bessere Luft - Mikrodepots können genau das leisten. Als lokale Umschlagpunkte ermöglichen sie gebündelte Zustellungen per Lastenrad oder E-Fahrzeug. Der VEP empfiehlt den Ausbau solcher Strukturen, und wir wollen erste Standorte identifizieren und die Umsetzung vorantreiben. Wir unterstützen Paketdienstleister aktiv bei der Suche geeigneter Standorte für Packstationen, um auch hierdurch die Belastungen für Umwelt und Infrastruktur durch individuellen Lieferverkehr zu reduzieren.

Umweltfreundliche Mobilität verdient einen Vorrang - auch an der Ampel. Wir nutzen moderne Verkehrssteuerung, um Fußgänger- und Radfahrer*innen besser zu berücksichtigen, ohne die Luftreinhalteziele zu gefährden. Denn wer klimafreundlich unterwegs ist, soll nicht auf der Strecke bleiben.

Stadtgestaltung und Innenstadt

Inklusive Innenstadt

Wir wollen die Innenstadt als sozialen Raum stärken - als Ort der Begegnung, des Austauschs und der Teilhabe, unabhängig vom Konsum. Durch die weitere Umsetzung des Innenstadtkonzepts, die kreative Zwischennutzung leerstehender Gewerbeflächen und konsumfreie Veranstaltungen schaffen wir neue Impulse für ein vielfältiges Stadtzentrum. Aufenthaltsqualität entsteht durch entsiegelte Flächen, mehr Stadtgrün, barrierefreie öffentliche Räume und inklusive Infrastruktur. Diese Maßnahmen leisten einerseits einen wichtigen Beitrag zur Klimaanpassung: Bäume, entsiegelte Flächen und Wasserinseln sorgen für Hitzeschutz, verbessern das Mikroklima und machen die Innenstadt auch an heißen Tagen lebenswert. Andererseits ist dies ein weiterer zentraler Baustein für Aufenthaltsqualität und soziale Teilhabe. Dazu gehört der Zugang zu kostenfreien, sauberen und betreuten Toiletten und Wickelmöglichkeiten an zentralen Orten des öffentlichen Lebens - etwa an Plätzen, Parks, Haltestellen und Veranstaltungsorten. Die barrierefreie Toilette in der Station Mitte ist ein guter erster Schritt - davon braucht es deutlich mehr. Die Toiletten sollen inklusiv und barrierefrei gestaltet sein und regelmäßig betreut werden, um Hygiene zu sichern und Vandalismus vorzubeugen. Denn eine lebenswerte Innenstadt ist nur dann wirklich lebenswert, wenn sie für alle zugänglich und respektvoll gestaltet ist.

Bispielbare Stadt

Die Idee einer „beispielbaren Stadt“ - mit gestaltbaren, nutzungsoffenen Flächen für Bewegung, Begegnung und Kultur - macht das Zentrum für alle Generationen erlebbar. Mit der Grünen Mitte, der Einbindung von Eigentümer*innen und Maßnahmen zur Schwammstadt schaffen wir eine klimaresiliente, lebenswerte Innenstadt für alle.

Kulturkarree

Mit dem Wegzug von Stadtbibliothek und Hochschule für Gestaltung steht das sogenannte Kulturkarree vor einem tiefgreifenden Wandel. Diese Veränderung bietet die Chance, das gesamte Gebiet - das nicht im Masterplan Innenstadt berücksichtigt ist - ganzheitlich neu zu denken. Ziel ist ein strategisches Konzept, das Bildung und Kultur gemeinsam in den Mittelpunkt rückt und Synergien zwischen bestehenden Einrichtungen

nutzbar macht. Dafür sollen auch angrenzende Gebäude wie das Büsingpalais, Bernardbau, Isenburger Schloss, Volkshochschule, Rudolf-Koch-Schule sowie kirchliche Liegenschaften einbezogen werden. Statt Einzelmaßnahmen zu verfolgen, setzen wir auf ein gemeinsames Zielbild für ein lebendiges, funktionales Stadtquartier mit Raum für die verschiedenen Bedarfe. Dabei setzen wir uns insbesondere ein für eine Nutzung im Bereich Kultur und Bildung - mit Augenmerk auf die bestehende Hochschulfunktion.

Hauptbahnhof

Das Empfangsgebäude des Offenbacher Hauptbahnhofs muss endlich wieder zu einem lebendigen Ort werden - als öffentlich zugänglicher, barrierefreier Raum mit sozialem, kulturellem und stadtgesellschaftlichem Nutzen. Wir unterstützen die Forderungen der Initiative Hauptbahnhof Offenbach, das denkmalgeschützte Gebäude zu sanieren und gemeinwohlorientiert zu nutzen. Dazu gehören bahnnah Angebote ebenso wie Räume für Vereine, Kultur, Bildung und Gastronomie. So setzen wir uns für den barrierefreien Umbau ein, damit die Gleise und Züge für alle Menschen gut erreichbar sind, egal wie mobil sie sind und wie viel Gepäck sie dabei haben. Weiterhin wünschen wir uns eine Zwischennutzung des Gebäudes durch zivilgesellschaftliche Gruppen, die bereits vor der vollständigen Sanierung helfen kann, das Gebäude vor weiterem Verfall zu schützen und als Ort der Teilhabe sichtbar zu machen sowie die Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Der Hauptbahnhof ist nicht nur ein Verkehrsknotenpunkt, sondern auch ein symbolisches Eingangstor zur Stadt - seine Wiederbelebung ist ein wichtiger Schritt, nicht nur für die südliche Innenstadt.

Stadtteile

Neben der Innenstadt verdienen auch die Stadtteile mehr Aufmerksamkeit. Wir setzen uns für die gezielte Stärkung dezentraler Quartierszentren ein. Diese sollen eine wohnortnahe Versorgung bieten, konsumfreie Aufenthaltsorte umfassen und über öffentliche Infrastruktur wie barrierefreie Toiletten und Wickelmöglichkeiten verfügen. Zudem sollen mehr Grünflächen entstehen. So entstehen lebendige Nachbarschaften, die soziale Teilhabe fördern, Wege verkürzen und die lokale Wirtschaft stärken. Attraktive Quartiere stärken die Wirtschaft der gesamten Stadt – Stichwort: 15-Minuten-Stadt.

Ergänzend setzen wir auf eine nachhaltige Logistik und stadtverträglichen Wirtschaftsverkehr, um die Versorgung der Innenstadt effizient, emissionsarm und flächenschonend zu gestalten - im Einklang mit Aufenthaltsqualität und Klimaschutz.

Wir stehen zu den Ergebnissen des Bürgerbeteiligungsprozesses „Mitte machen“. Viele wichtige Vorschläge zu Aufenthaltsqualität, Verkehrsberuhigung und Begrünung wurden noch nicht aufgegriffen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch diese Themen weiterverfolgt werden.

Grün- und Freiräume

Stadträume, Stadtbäume und Stadtgrün

Die Grüne Mitte ist ein zentrales Projekt für Klimaanpassung, Aufenthaltsqualität und soziale Teilhabe in der Innenstadt. Sie schafft neue Grünflächen, verbessert die Luftqualität und bietet Raum für Begegnung, Bewegung und Erholung - gerade in dicht bebauten Quartieren. Die Konzeptvergabe läuft aktuell, und wir setzen uns dafür ein, dass die Umsetzung nach Abschluss der Planungen zügig beginnt. Denn Offenbach braucht mehr Grün, weniger Hitze und eine Innenstadt, die den Menschen gehört. Wir setzen uns für eine konsequent positive Stadtbaubilanz ein - das bedeutet: Am Ende jedes Jahres soll es mehr Stadtbäume geben als zu Beginn. Gepflanzt werden klimaresiliente, standortgerechte und Biodiversität fördernde Arten, insbesondere entlang der Ringachsen und in den Quartieren.

Doch wir denken weiter: Uns sind alle Bäume wichtig - die an Straßen, in Parks, im Stadtwald, auf Ausgleichsflächen und Streuobstwiesen, auch die auf privaten Grundstücken. Wir unterstützen daher die Förderung zur Baumpflanzung und zum Erhalt von Altbäumen auf privaten Flächen. Kompetenzen und Verantwortung für Stadtbäume wollen wir zukünftig an einer Stelle bündeln. Eine zentrale Koordination würde helfen, Pflege, Nachpflanzung und Entwicklung besser abzustimmen und die positive Entwicklung aller Bäume im Stadtgebiet zu priorisieren. Das wäre ein echter Gewinn für Klima, Artenvielfalt und Lebensqualität - und ein Anliegen, mit dem viele Menschen sich identifizieren.

Ergänzt wird das Baumgrün durch dezentrale Grünflächen, vertikale und horizontale Begrünung sowie die Nutzung von Regenwasser für öffentliche und gemeinschaftliche Gärten. Diese Maßnahmen verbessern das Mikroklima, erhöhen die Aufenthaltsqualität und machen unsere Stadt widerstandsfähiger gegen Hitze und

Extremwetter. Besonders vulnerable Gruppen profitieren von mehr Schatten und Kühlung im öffentlichen Raum, ebenso wie die Artenvielfalt - von Insekten bis zu Stadtvögeln. Mehr Grün ist aktiver Klimaschutz, soziale Daseinsvorsorge und Lebensqualität für alle.

Kleingärten sind für uns ökologisch wie sozial unverzichtbar. Sie schaffen Biotope, fördern Artenvielfalt und bieten Raum für Begegnung und Erholung. Deshalb wollen wir ein stadtweites Kleingartenkonzept entwickeln, das Kleingärten langfristig erhält und Ersatzflächen vorsieht, wenn Gärten weichen müssen.

Spielplätze, Parks und Grünzüge

Wir entwickeln den Spielplatzrahmenplan weiter - inklusiv, generationengerecht und verbunden mit dem Konzept der bespielbaren Stadt. Bewegungsangebote entstehen nicht nur auf klassischen Spielplätzen, sondern in Grünzügen, Quartiersplätzen und entlang von Wegen - vielfach kombinierbar mit Fitnessangeboten. So schaffen wir Räume, die Kindern ebenso wie älteren Menschen, jungen Erwachsenen und Jugendlichen (die häufig nicht in Vereinen organisiert sind) zugutekommen und Bewegung im Alltag selbstverständlich machen.

So soll auch der Anlagenring vom Main zum Main zu einer durchgängigen, attraktiven Achse für Fußgänger*innen, Radfahrende, Bewegung und Erholung werden. Gerade im Sommer bietet er mit seinem Baumbestand wertvollen Schatten und wird zum sozialen Treffpunkt für Spaziergängerinnen, Jogger*innen und sportlich Aktive aller Altersgruppen. Doch aktuell ist er lückenhaft, sanierungsbedürftig und vielerorts fußgängerunfreundlich - sein Potenzial bleibt ungenutzt. Wir wollen die Wege instand setzen, bestehende Lücken schließen und den Anlagenring mit Fitnessgeräten ausstatten, die für alle Generationen geeignet sind.

Auch im Leonhard-Eißnert-Park zeigt das neue Wasserspiel, welches Potenzial in Offenbachs größtem Naherholungsgebiet steckt. Jetzt braucht es ein familiengerechtes Upgrade mit neuen Spielgeräten und einer modernen Skateanlage - bei gleichzeitigem Erhalt der naturnahen Parkstruktur. Der Park soll als Ort für Bewegung, Begegnung und Entspannung weiterentwickelt werden. Auch wollen wir bestehende Lern- und Übungsangebote im Park - wie etwa die Jugendverkehrsschule - unterstützen. Der Rumpenheimer Schlosspark, ein denkmalgeschützter englischer Landschaftspark, leidet besonders unter den Folgen der Trockenheit. Mit einem nachhaltigen Bewässerungssystem aus Zisterne, Rigolen und einem ergänzenden Brunnen wird Regenwasser gesammelt und gezielt zur Pflege der Neupflanzungen und des Altbaumbestands eingesetzt. Der Büsingpark im Herzen der Stadt zeigt mit seinem Spielplatz, den Wasserspielen und dem Lichterfest, wie urbanes Grün zum kulturellen und sozialen Mittelpunkt werden kann. Auch der Park am Nordkap muss dauerhaft öffentlich zugänglich sein - als wohnortnaher Grünraum mit hoher Aufenthaltsqualität. Die Möglichkeit, im Hafenbereich am Main zu schwimmen, sollte erneut geprüft und gegebenenfalls mit sicheren Zugängen und Wasserqualitätssicherung ermöglicht werden. Grundsätzlich gilt: Demontierte Bänke in Parkanlagen müssen ersetzt werden. Wir setzen uns für mehr seniorengerechte Sitzgelegenheiten ein, die zugleich als einfache Fitnessgeräte genutzt werden können - für Bewegung und Begegnung im öffentlichen Raum.

Naturnahe Gebiete im Stadtumfeld wie die Bieberaue, der Bürgeler und Rumpenheimer Mainbogen sowie der Buchhügel sollen dauerhaft geschützt und vor Bebauung bewahrt werden. An der Stelle des Mainparkplatzes soll eine Grünfläche entstehen, die das durchgehende, begrünte Mainufer wiederherstellt - damit die Verbindung zwischen Stadt und Fluss stärken. Für auswärtige Gäste, etwa Messebesucher*innen, können alternative Parkmöglichkeiten in einer Quartiersgarage oder nahegelegenen Parkhäusern vorgesehen werden.

Durch all diese Vorhaben entsteht ein lebendiger Stadtraum für alle Menschen in Offenbach, die sich im öffentlichen Raum begegnen und gemeinsam aktiv sein wollen.

Klimaanpassung und Schwammstadt

Zur Anpassung an den Klimawandel starten wir eine Schattenoffensive: Mit Bäumen, Stoffsegeln, Fassadenbegrünung und gezielten Gestaltungsmaßnahmen verbessern wir die Aufenthaltsqualität auf Spielplätzen und öffentlichen Flächen. Ergänzt wird dies durch den Ausbau des kostenlosen Trinkwasserangebots - über öffentliche Gebäude, Gastronomien, Wasserspender und neue Trinkbrunnen im Stadtraum.

Diese Maßnahmen denken Hitzeschutz, Gesundheit und Teilhabe zusammen. Wir setzen finanzielle Anreize zur Umsetzung - auch für private Eigentümer*innen, die sich an Begrünung und Beschattung von Spiel- und Aufenthaltsflächen beteiligen wollen.

Bundesweit Aufmerksamkeit erreichten wir mit der Entwicklung des Offenbacher Schwammstadtkonzeptes. Dabei soll Regenwasser lokal gespeichert und genutzt werden, um Überflutungen bei Starkregen vorzubeugen, das Stadtklima zu verbessern und die Stadt widerstandsfähiger gegen extreme Hitze zu machen. Flankiert wurde das Konzept mit einer Zisternensatzung und der Niederschlagswassersatzung (NiWaS).

Wir werden darauf achten, dass das Schwammstadtkonzept wie auch der Zisternenausbau und die NiWaS als erfolgreiche Klimaanpassungsstrategien weiterhin angewandt und weiterentwickelt werden.

Infrastruktur und Verkehr

Gehwege

Gehwege müssen mindestens 2,50 Meter breit sein. In dicht bebauten Gebieten sollen neue Fußwege 3 Meter breit sein, damit sich Fußgänger*innen auch mit Kinderwagen und Gehhilfen begegnen und aneinander vorbeigehen können. Wir wollen Parkplätze auf Gehwegen auf den Straßenquerschnitt zurückverlegen, damit die volle Breite des Bürgersteigs Fußgänger*innen zur Verfügung steht.

Neue Beläge sollen hitzeresilient, wasserdurchlässig und barrierefrei sein. Mit Schatten, Sitzgelegenheiten, Trinkwasserbrunnen und Begrünung wird das Zufußgehen komfortabler. Aufenthaltsqualität beginnt auf dem Gehweg - dafür sorgen wir.

Parkraummanagement und Stellplätze

Ein intelligentes Parkraummanagement ist entscheidend für eine lebenswerte und verkehrssichere Stadt. Es reduziert Suchverkehr, entlastet Wohngebiete und schafft Raum für Fußgänger*innen, Radverkehr und den ÖPNV. Parkraummanagement sorgt dafür, dass die Stellplätze vor allem den Anwohner*innen zur Verfügung stehen. Gleichzeitig werden Wohngebiete von parkenden Transportern und abgestellten Wohnmobilen entlastet - das schafft mehr Platz, mehr Ruhe und mehr Sicherheit.

Zu diesem Zweck möchten wir die Gebühren für das Anwohnerparken stärker am Verursacherprinzip ausrichten. Wir wollen diese Gebühren zukünftig staffeln. Orientiert an Modellen aus Städten wie Köln oder Koblenz sollen kleinere Fahrzeuge künftig niedrigere Parkgebühren zahlen als größere Autos.

2024 hat das Bundesverwaltungsgericht die Kommunen in die Pflicht genommen, gegen "erhebliche Beeinträchtigungen" durch auf dem Gehweg abgestellte Autos vorzugehen. Wir nehmen diesen Auftrag ernst und wollen perspektivisch für alle Stadtteile Parkraumkonzepte entwickeln, um eine unbehinderte Nutzung der Gehwege zu gewährleisten. In Geschäftsstraßen sollen Kurzzeitparken und Fahrradstellplätze helfen, dass Kunden von außerhalb der direkten Nachbarschaft ebenfalls bequem einkaufen können.

Besonders wichtig ist auch die konsequente Freihaltung von Busspuren und Haltestellen: Wer dort falsch parkt, gefährdet nicht nur den Fahrplan, sondern auch die Barrierefreiheit und Sicherheit für Fahrgäste. Ein innovativer Ansatz ist die Ausstattung von Bussen mit Frontkameras, die Falschparker automatisch erfassen und zur Anzeige bringen - wie es Frankfurt bereits testet. So werden der ÖPNV gestärkt, das Fahrpersonal entlastet und die Verkehrsregeln wirksam durchgesetzt. Davon profitieren alle: Fahrgäste, die pünktlich und sicher ankommen; Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, die ungehindert ein- und aussteigen können; und Anwohner*innen, die weniger Lärm und Suchverkehr ertragen müssen.

Wir werden die Stellplatzsatzung an Landesrecht anpassen und um Rad- und Lastenradabstellplätze, die Berücksichtigung von Mobilitätskonzepten sowie E-Lademöglichkeiten (für Rad und Auto) erweitern.

Verbindungsstraße zur B 448

Einen Neubau der Verbindungsstraße können wir nur unterstützen, wenn naturschutzrechtliche Vorgaben eingehalten werden und ausreichend Ausgleichsflächen in Offenbach bereitstehen. Die Maßnahme führt zu einer deutlichen Entlastung der Bieberer Straße - in einem Ausmaß, das den Rückbau auf zwei Spuren für den motorisierten Individualverkehr ermöglicht. Ein begleitender Radweg sowie sichere Fußwege sind dabei unerlässlich. Die Schienenquerung auf Höhe der Laska-Brücke bietet die Gelegenheit, eine attraktive Verbindung für Fuß- und Radverkehr zu schaffen, mit Anbindung über das Neubaugebiet am ehemaligen Güterbahnhof Ost bis zum Main.

Wohnen und Zusammenleben

Mehr Wohnen, mehr Miteinander, mehr Stadt!

Wir sichern in allen neuen Bebauungsplänen im Bereich Wohnungsbau dauerhaft mindestens 30% sozial geförderten Wohnraum - auf Grundlage der städtebaulichen Leitlinien, die wir maßgeblich mitgestaltet haben. Diese Leitlinien entwickeln wir weiter: Neben gefördertem Wohnungsbau berücksichtigen wir künftig auch gemeinwohlorientierte Modelle - etwa Genossenschaften, gemeinschaftliches Wohnen oder Projekte wie den „Wir-Raum“, die Kreativ-Häuser, W58 und LaRo5. Ziel ist eine vielfältige, soziale Durchmischung in allen Quartieren.

Eine Möglichkeit ist auch, bezahlbaren Wohnraum durch die Anwendung des neuen Bautyps E zu schaffen. Bei neuen Projekten der GBO soll die Reduzierung der Baukosten durch eine bewusste, ausgewählte Reduzierung des Standards, wie bei dem Baustandard E vorgesehen wird, erzielt werden.

Grün- und Freiflächen, wohnortnahe soziale Infrastruktur, Kitas, Schulen, barrierefreie Wege und Räume gehören dabei von Anfang an mitgedacht - ebenso wie die Verpflichtung zu Photovoltaik und dezentralen Stromspeichern auf Neubauten nach Frankfurter Vorbild.

Gleichzeitig halten wir an der Förderung von Entsiegelung und Begrünung fest. Steingärten widersprechen dem Anspruch einer klimaangepassten, lebenswerten Stadt - wir prüfen, wie ihr Verbot rechtlich umsetzbar ist. Die Anwendung der Niederschlagswassersatzung (NiWaS) bleibt dabei zentral.

Auch bestehende Flächen denken wir neu: Wir begrüßen das Bebauen von Supermärkten oder Supermarktparkplätzen mit zusätzlichem Wohnraum - als Beitrag zu urbaner Dichte, Nutzungsmischung und Flächengerechtigkeit. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass auch Dichte ihre Grenzen hat und sich negativ auf die dort lebenden Menschen auswirken kann. Hier gilt es, in den jeweiligen Fällen klug abzuwägen und die lokalen Gegebenheiten zu berücksichtigen.

Demokratische Stadtentwicklung stärken

Wir setzen uns für mehr und niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten von Anwohner*innen, Jugendlichen und weiteren bislang wenig berücksichtigten Gruppen in der Stadt- und Quartiersplanung ein. Stadtentwicklung soll die Vielfalt der Stadtgesellschaft widerspiegeln und darf niemals ein exklusives Projekt von Verwaltung, Investor*innen und Planungsbüros sein! Hierbei ist eine Zusammenarbeit mit der Servicestelle für Bürgerbeteiligung sinnvoll und wünschenswert.

Dazu wollen wir:

- Beteiligungsangebote ausbauen, damit mehr Menschen ihre Ideen und Bedürfnisse einbringen können,
- niedrigschwellige Formate wie mehrsprachige Informationen, digitale Tools und quartiersnahe Treffen fördern,
- Transparenz und Nachvollziehbarkeit sicherstellen, indem Ergebnisse aus Beteiligungsprozessen sichtbar gemacht werden.

So schaffen wir eine Stadtplanung, die inklusiver, gerechter und näher an den Lebensrealitäten der Menschen ist.

Masterplanfortschreibung

Bei einer Fortschreibung des Masterplans werden wir fordern:

Offenbach braucht Bestandserhalt und Bestandsentwicklung, nicht Wachstum in unbebauten Arealen. Ein Masterplan, der auf das Jahr 2045 zielt, muss zwingend immer die Herausforderungen des rapide voranschreitenden Klimawandels zur Grundlage haben und die vorgeschlagenen Maßnahmen und Handlungsfelder einem Klimacheck unterziehen. Klimaschädliche Handlungen sind in einem Masterplan 2045 nicht denkbar. Unsere Stadt lebt von ihrer Vielfalt und den Menschen, die auf ganz unterschiedliche Art zu unserem positiven Zusammenleben und Stadtbild beitragen. Diese Menschen sind unser Kapital und unser Auftrag. Folglich ist ein Masterplan für Offenbach auch ein Masterplan, der von dieser Realität ausgeht, diese Menschen nicht verdrängt oder ins Abseits stellt und der eine Zukunftsperspektive für unsere Stadt aufzeigt, in der alle Offenbacher*innen ihren Platz haben.

Umwelt und Lebensqualität

Lärm und Emissionen

Eine lebenswerte Stadt ist eine leise und saubere Stadt. Wir setzen uns für die konsequente Reduktion von Lärm und Emissionen ein - für mehr Gesundheit, Lebensqualität und Umweltgerechtigkeit. Begrünung, Lärmschutzmaßnahmen und die gezielte Vermeidung von Suchverkehr (etwa durch Quartiersgaragen) tragen dazu bei, den Verkehrslärm zu senken. Wir setzen uns weiterhin für eine höhere Priorisierung der Lärmschutzmaßnahmen am Bahndamm ein und stehen dafür ein, dass Offenbach generell mehr von Lärmschutzmaßnahmen durch die Bahn profitieren sollte. Auch der Fluglärm bleibt ein zentrales Thema: Wir GRÜNE stehen weiterhin zu der auf unsere Initiative hin beschlossenen 10-Punkte-Liste zur Reduzierung des Fluglärms in Offenbach. Wir fordern unter anderem ein Nachtflugverbot zwischen 22:00 und 06:00 Uhr, die Senkung der Lärmobergrenze sowie eine Deckelung der Anzahl von Flugbewegungen. Auf Landes- und Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Gesundheit der Offenbacher Bürger*innen endlich wirksam geschützt wird. Der Lärmaktionsplan muss konsequent weiterentwickelt und umgesetzt werden - unter Einbindung der betroffenen Stadtteile. Gleichzeitig reduzieren wir Emissionen durch eine nachhaltige Mobilitätswende, mehr Grünflächen und klimaaktive Stadtgestaltung. So entsteht eine belebte, gesunde Stadt, in der sich alle Menschen - besonders Kinder, ältere Menschen und gesundheitlich belastete Gruppen - sicher und wohlfühlen können.

SOZIALE GERECHTIGKEIT

Offenbach soll eine Stadt für alle Menschen sein - ungeachtet ihrer Herkunft, Berufs- und Einkommensgruppen, Bildungs- und Familiengeschichten. Die soziale Ungleichheit ist groß: Offenbach hat bundesweit das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen - nur 19.022 Euro im Jahr (2024) - und gleichzeitig steigen Inflation und Mieten weiter. Für uns GRÜNE ist soziale Gerechtigkeit nicht verhandelbar. Soziale Gerechtigkeit ist die Grundlage demokratischen Zusammenlebens und aktiver Teilhabe.

Grüne Politik hat maßgeblich dazu beigetragen, Offenbach gerecht zu gestalten. In der letzten Legislaturperiode haben wir den Aktionsplan gegen Kinderarmut auf den Weg gebracht. Viele weitere Maßnahmen sind nötig. Trotz angespannter Haushaltslage setzen wir uns entschlossen gegen Kürzungen im Sozialbereich ein und wollen ihn bei besserer Wirtschaftslage ausbauen. Unsere Sozialpolitik eröffnet Chancen und Teilhabe für alle hier lebenden Menschen: mit guter Sozialarbeit, Schutz vor Gewalt, gerechter Gesundheitsversorgung und echter Teilhabe.



Wohnen ist ein Grundbedürfnis, kein Luxus!

In den letzten Jahren haben wir Schritte für bezahlbares Wohnen unternommen, wie die Förderung des Wohnungsbaus und die Sicherung von Belegungsrechten durch die GBO. Steigende Mieten und der Rückgang des Sozialwohnungsbestands in Offenbach führen zu Verdrängung, Wohnungslosigkeit und sozialer Spaltung. Für Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen, Familien, Alleinerziehende, Auszubildende und Studierende wird Wohnen zunehmend zur finanziellen Belastung.

Wohnraum muss für alle zugänglich, inklusiv und ökologisch sein. Wir setzen uns für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik ein, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Deshalb fordern wir:

- Weiterentwicklung der Wohnungspolitischen Leitlinien und deren Anpassung an die verschärfte Situation am Wohnungsmarkt
- Bei jedem Neubauprojekt wird konsequent darauf geachtet, dass mindestens 30% des Wohnraums sozial gefördert werden.
- Förderung von gemeinschaftlichem und generationenübergreifendem Wohnen durch Anpassung der Bebauungspläne, die alternative Wohnformen ermöglichen, sowie über eine Konzeptvergabe;
- verstärkte Vergabe öffentlicher Grundstücke über ein Konzeptverfahren an soziale, ökologische und gemeinwohlorientierte Träger;

- Ausbau und Vernetzung der Wohnraumberatungsstellen zur Durchsetzung der Mietpreisbremse auf Basis des Mietspiegels;
- aktive Rolle der GBO mit der Zielvorgabe für niedrige Mieten, barrierefreie Wohnungen und die Beteiligung von Mietenden;
- Erlass von Milieuschutzsatzungen in Gebieten mit Tendenz zur Verdrängung der angestammten Bevölkerung;
- Konsequentes Nutzen von Vorkaufsrechten zum Schutz von Mietenden und zur Stabilisierung des Mietmarktes;
- Transparenz über Mittel im Bereich der Fehlbelegungsabgabe schaffen; Einnahmen und Ausgaben werden zukünftig als Sonderposten im Haushalt ausgewiesen.
- Bereitstellung zusätzlicher kommunaler Mittel für den sozialen Wohnungsbau, sobald Spielräume entstehen.

Wir setzen uns für barrierefreies, altersgerechtes und inklusives Wohnen ein. Dazu gehört die Beratung zu Fördermöglichkeiten des Umbaus bestehender Gebäude sowie die verpflichtende Integration barrierefreier Infrastruktur in neuen Quartieren. Wir unterstützen innovative solidarische Wohnformen wie Pflege-WGs oder Mehrgenerationenhäuser. Wir passen die Wohnbauförderrichtlinien an, um den Bau von Azubi- und Studierendenwohnheimen zu fördern, mehr barrierefreien Wohnraum zu schaffen und der sozialen Wohnbauförderung einen neuen Impuls zu verleihen. Ziel ist es, den Bestand an sozial gefördertem Wohnraum zu erhöhen. Dafür beantragen wir Fördermittel beim Bund und Land.

Um Verdrängung zu verhindern, machen wir die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zustimmungspflichtig und erlassen eine Satzung gegen Leerstand und Zweckentfremdung. Leerstehende Gebäude sollen durch Anreize zur Sanierung und Vermietung wieder dem Wohnungsmarkt zugeführt werden. Der Ankauf von Belegungsrechten sichert langfristig Sozialbindung und bezahlbaren Wohnraum. Wir starten ein Modellprojekt zur Umwandlung von Gewerbeimmobilien in Wohnraum.

Die Wohnungssicherungsstelle führen wir weiter, um die kommunale Strategie gegen Wohnungslosigkeit mit Hilfsangeboten wie Schuldnerberatung und psychosozialer Unterstützung umzusetzen. Wir ergänzen das Beratungsnetz, damit alle, denen Wohngeld zusteht, dieses beantragen und erhalten.

Unser Ziel: Offenbach bietet allen ein Zuhause!

Armutsbekämpfung - niemand wird zurückgelassen

Armut darf kein Schicksal sein! Unsere Stadt zählt zu den einkommensärmsten in Deutschland. Armut nimmt Menschen Chancen, grenzt aus und erschwert gesellschaftliche Teilhabe. Für uns GRÜNE ist klar: Jeder Mensch hat ein Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen und faire wirtschaftliche Chancen - unabhängig von Alter, Herkunft oder Lebenslage. Deshalb setzen wir uns für Maßnahmen ein, die Armut bekämpfen und soziale Gerechtigkeit in Offenbach stärken.

Mit dem von uns initiierten Kommunalen Aktionsplan gegen Kinderarmut haben wir wichtige Schritte gesetzt. Der Aktionsplan muss finanziell gestärkt werden, damit Kinder unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern Zugang zu guter Bildung, Gesundheit, Sport und Kultur erhalten.

Unterstützung muss dort ankommen, wo sie gebraucht wird. Wir arbeiten daran, Beratungs- und Unterstützungsangebote direkt zu den Menschen zu bringen - in Kooperation mit Bildungseinrichtungen, Familienzentren, Stadtteilbüros, Senioren-Begegnungsstätten oder durch aufsuchende Jugend- und Sozialarbeit. Hilfe muss schnell, unbürokratisch und diskriminierungsfrei erfolgen. Auch die Schuldnerberatung soll dafür weiter ausgebaut werden. Sprache ist Teilhabe. Deshalb braucht es mehr Mittel für berufsbezogene Deutschkurse, insbesondere für Elternteile, die so Zugang zu Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe erhalten.

Wir fordern einen kommunalen Härtefallfonds, der Strom- und Wassersperren verhindert. Wir unterstützen die Arbeit caritativer Einrichtungen wie der Offenbacher Tafel, denn sie helfen Menschen in akuten Notlagen im Alltag. Soziale Initiativen wollen wir durch die Bereitstellung von Bürger*innenbudgets stärken, um lokale Projekte zu fördern und die direkte Mitbestimmung der Bevölkerung zu ermöglichen.

Der Wegfall des Sozialkaufhauses Luise war ein schwerer Schlag für die soziale Infrastruktur in Offenbach. Zusammen mit Trägern und der ESO wollen wir ein analoges Angebot wieder aufbauen, auch, um noch gute Kleider und Möbel weiterhin in Nutzung zu halten.

Wir wollen einen kommunalen Sozialausweis und Jugendpass prüfen, der vergünstigten Zugang zu Kultur, Freizeit und Mobilität ermöglicht. Konsumfreie öffentliche Räume sind uns wichtig - etwa bei der Gestaltung der neuen „Station Mitte“ als Lern-, Kultur- und Begegnungszentrum im Herzen der Stadt.

Für eine bedarfsgerechte Politik brauchen wir eine differenzierte Sozialberichterstattung. Sie macht Lebenssituationen armutsbetroffener Gruppen sichtbar und ermöglicht die Ableitung von Handlungsansätzen. Altersarmut muss dabei besonders beleuchtet werden.

Unser Versprechen: Wir lassen niemanden zurück. Alle sollen die Chance haben, am Leben in unserer Stadt teilzuhaben, unabhängig vom Einkommen!

Arbeit und Beschäftigungspolitik

Offenbach ist attraktiv für viele Branchen und Industriezweige als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort, für Kreative und Freiberufler*innen und bietet ein lebendiges Umfeld für Innovation. Wir möchten gute Jobs mit fairen Arbeitsbedingungen schaffen und sichern. Dazu gehören sichere Arbeitsverhältnisse, tarifliche Bindung und Mitbestimmung genauso wie Gesundheit am Arbeitsplatz und die Vereinbarkeit von Arbeitsleben mit Privatleben/Familie. Die Stadt Offenbach und ihre Betriebe sollen dabei Vorbild sein. Wir werden:

- Erwerbstätigkeit von Frauen unterstützen, Fachkräfte aus dem Ausland anwerben und Geflüchtete in den Arbeitsmarkt integrieren.
- Die kommunalen Beschäftigungsförderungsprogramme erhalten und weiterentwickeln.
- die Schaffung von Beschäftigungsverhältnissen für langzeitarbeitslose Menschen und unabhängige Beratungsstrukturen für Langzeitarbeitslose erhalten und weiterentwickeln.
- öffentliche Aufträge der Stadtverwaltung bevorzugt an Unternehmen vergeben, die Löhne nach Tarifvertrag zahlen
- die Attraktivität von Ausbildungs- und Pflichtpraktikumsplätzen in der Stadtverwaltung und den städtischen Betrieben erhöhen, insbesondere in Berufen mit akutem Personalmangel, wie Erzieher*innen und Busfahrer*innen.
- Jugendlichen eine zweite Chance zur Ausbildung geben und die Förderung von Jugendlichen mit Behinderung in städtischen Ausbildungsberufen ausbauen.
- eine Stelle initiieren, welche sich um die Beschaffung und Vermittlung bezahlbaren Wohnraums für Azubis kümmert und verschiedene Beratungsangebote für Auszubildende bündelt.
- Bürokratische Hürden für Kleinselbstständige abbauen und Innovationen im Bereich der Selbstständigkeit fördern.
- Inklusive Angebote bei der Berufsberatung und bei Ausbildungsplätzen in der Verwaltung, den städtischen Betrieben und in der Privatwirtschaft fördern.

Kinder- und Jugendarbeit

Offenbach ist eine junge Stadt. Fast ein Drittel der Bevölkerung ist jünger als 18 Jahre. Investitionen in diesen Bereich sind Investitionen in unsere Zukunft. Jugend- und Familienzentren spielen eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung im Lernalltag und der Freizeitgestaltung. Sie bieten Raum für die Integration von Kindern aus allen Kulturen. Hier finden Kinder und Jugendliche verlässliche Ansprechpersonen für ihre Sorgen und Nöte. In diesem Bereich wird es keine Kürzungen geben.

Für Jugendliche aus sozial benachteiligten Verhältnissen oder neu zugewanderte junge Menschen ist es oft schwer, ihren Platz in der Stadtgesellschaft zu finden. Sie kennen häufig unsere Jugendhilfesysteme nicht und finden nicht immer den Weg in die Jugendhäuser, Vereine oder andere Anlaufstellen. Wir GRÜNE möchten:



- Politische Bildung stärken: Kinder und Jugendliche sollen durch praxisorientierte Projekte aktiv an demokratischen Prozessen teilnehmen und politische Verantwortung übernehmen.
- Niedrigschwellige Jugendangebote ausbauen: Zugang durch mobile Jugendarbeit, Streetwork und flexible, barrierefreie Angebote.
- Empowerment von Jugendlichen mit Migrationsgeschichte fördern: Sprachförderung, Mentoring und Netzwerke stärken, um Jugendlichen mit Migrationshintergrund mehr Teilhabe und Integration zu ermöglichen.
- Kinderrechte sichtbar machen: Kinder sollen ihre Rechte kennen, an Entscheidungen mitwirken und in die Gestaltung ihrer Umgebung einbezogen werden.
- Inklusion konsequent umsetzen: Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sollen gleichberechtigt an allen Angeboten teilhaben können – durch inklusive Bildungsformate, barrierefreie Kommunikation und gezielte Unterstützung im Alltag.

Wir entwickeln die aufsuchende Jugendarbeit in Offenbach weiter. Diese Arbeit bietet niedrigschwellige, freiwillige Angebote vor Ort. Ein ganzheitlicher Ansatz ist entscheidend: Wir sehen die Jugendlichen in ihrem gesamten biografischen Kontext, einschließlich ihrer sozialen Bezüge und Geschlechtsidentität.

Präventionsmaßnahmen wollen wir ausbauen und stärker finanzieren. Programme zur Gewaltprävention, (Medien-)Sucht- und Drogenprävention sowie Erziehungs- und Beratungsangebote in Schulen und Jugendzentren sollen weiterentwickelt werden. Für uns GRÜNE steht fest: Gute Präventionsarbeit spart langfristig soziale Folgekosten.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist uns wichtig. Ihre Perspektiven müssen in politische Entscheidungen einfließen. Wir fördern gezielt die Mitwirkung junger Menschen aus armutsbetroffenen Familien und stärken ihre Stimme in der Politik. Daher setzen wir uns für den Aufbau von Beiräten aus den Jugendzentren zur Erweiterung des Kinder- und Jugendparlaments ein.

Gesundheit sozial & kommunal gestalten

Gesundheit ist Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Prävention und wohnortnahe Versorgung sichern die physische und psychische Gesundheit. In Offenbach existieren zahlreiche Beratungsangebote zu Suchtproblemen, psychosozialen Krisen und Verschuldung. Sie erreichen jedoch nicht alle Menschen, insbesondere nicht Zugewanderte, wohnungslose und armutsgefährdete Personen. Wir wollen die Angebote ausbauen, dezentralisieren und besser zugänglich machen. Unsere Schwerpunkte:

- Gesundheitsangebote für alle: Aufbau eines Gesundheitskiosks als Modellprojekt in einem belasteten Stadtteil, Stärkung und Ausbau der Mobilen Hilfe, humanitäre Sprechstunden für Nichtversicherte sowie Nachtcafés, Schließfächer und Duschmöglichkeiten für Obdachlose. Die Angebote für Nichtversicherte von Caritas und Maltesern unterstützen wir bei ihrer wichtigen Arbeit und setzen uns für die Fortführung ein.
- Psychische Gesundheit stärken durch den Ausbau des sozial-psychiatrischen Dienstes und niedrigschwellige Beratungsangebote
- Multiprofessionelle Versorgung durch die Stärkung von Teams aus Schulgesundheitspflege, Sozialarbeit und Entwicklungsdiagnostik; kostenlose STD-Tests
- Gesundheitslots*innen: Stärkung und Ausbau der Kapazitäten der Gesundheitslots*innen, die Menschen mit Sprach- und Zugangsbarrieren niedrigschwellig erreichen und in das Gesundheitssystem begleiten
- Inklusive Versorgung: Für unsere kommunalen Gesundheitseinrichtungen wollen wir Barrierefreiheit ausbauen und die Sensibilität für queere Menschen, kulturelle Vielfalt und Inklusion stärken, z.B. durch eine regelmäßige Qualifizierungsreihe für das medizinische Personal.
- Förderung der seelischen Gesundheit für Kinder und Jugendliche in allen Bildungseinrichtungen und Stärkung des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes des Gesundheitsamtes. Uns ist eine bedarfsgerechte Versorgung der Jugendlichen in Offenbach wichtig. Dafür müssen vor Ort fehlende Strukturen aufgebaut werden. Dafür erheben wir die Bedarfe und füllen die Lücken.
- Wir setzen uns für reproduktive Gesundheit ein und sichern eine ausreichende Versorgung in der Geburtshilfe. Ein verlässlicher Zugang zu Angeboten für Schwangerschaftsabbrüche muss dauerhaft sichergestellt sein.

Pflege gerecht & solidarisch organisieren

Pflege ist Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Die Pflegebedarfsplanung wird im Rahmen des Altenplans kontinuierlich weiterentwickelt. Wir wollen Pflegestützpunkte, Tages- und Kurzzeitpflege ausbauen, pflegende Angehörige durch Beratung und Entlastungsangebote stärken und selbstorganisierte Wohn-Pflege-Gemeinschaften fördern. Faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen müssen auch in Tochtergesellschaften, Subunternehmen und Werkverträgen gelten.

Drogenpolitik & Suchthilfe neu denken

Wir setzen auf Hilfe statt Strafe für Suchtbetroffene. Dazu gehören geschlechtergerechte Präventionsangebote, der Ausbau von Beratungsstellen, mobile Straßensozialarbeit, Drug-Checking und Aufklärung in Jugendzentren. Der Handel mit illegalen Drogen muss konsequent bekämpft werden. Betroffene werden aktiv in die Entwicklung neuer Angebote einbezogen.

In diesem Bereich ist der Wildhof e. V. unser bewährter Partner. Wir stellen eine bedarfsgerechte Ausstattung des Trägers sicher, damit dieser seine Aufgaben erfüllen kann.

Senior*innen in Offenbach - Selbstbestimmt und würdig altern

Mit der Fortschreibung des Altenplans passen wir die Bedarfsplanung für ältere Menschen an, um ein würdevolles und selbstbestimmtes Altern zu fördern. Seit 2022 unterstützt die Koordinationsstelle die offene Seniorenarbeit, die Angebote und Begegnungsorte in den Quartieren. Um der wachsenden Vielfalt und den Bedürfnissen älterer Menschen gerecht zu werden, braucht es ein sozialraumorientiertes Konzept für offene Seniorenarbeit. Dazu gehört die Erweiterung des Freizeit- und Kulturangebots ebenso wie die Verbesserung digitaler Angebote für Senior*innen. Menschen, die von Altersarmut oder eingeschränkter Mobilität betroffen sind, sind besonders vereinsamungsgefährdet. Der Einsamkeit im Alter, aber auch in anderen Lebenslagen, schenken wir besonderes Augenmerk und setzen eine kommunale Strategie gegen Einsamkeit dagegen.

Unsere Ziele:

- Erweiterung des Pflegestützpunkts um mobile Angebote, damit dieser als niedrigschwellige, kostenfreie Beratungsstelle für Senior*innen zugänglicher ist.
- Konzepte für ein selbstbestimmtes Leben im Alter mit barrierefreien Wohnformen, Treffpunkte, Nahmobilität
- Förderung der bereits bestehenden Demenznetzwerke und Beratungseinrichtungen
- Stärkung der Zusammenarbeit zwischen ambulanter und stationärer Altenhilfe sowie Vernetzung präventiver Angebote im Quartier.
- Die Gesundheitsversorgung von Senior*innen diversitätssensibel ausrichten. Wir erheben den erwarteten Bedarf an Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen für Menschen mit Migrationsgeschichte aus unterschiedlichen Herkunftskontexten und vergleichen ihn mit dem Ist-Zustand. Auf dieser Grundlage entwickeln wir eine Strategie, um bestehende Lücken zu schließen.
- Niederschwellige Bereitstellung zentraler Behördendienstleistungen, z.B. des Bürgerbüros, auch in mobiler Form, und trotz zunehmender Digitalisierung Bereitstellen einer analogen Option
- Koordination eines Unterstützungsringes für pflegende Angehörige. Wir bauen städtische Beratungen über Unterstützungsangebote aus und fördern das zivilgesellschaftliche Engagement durch ehrenamtliche Helfer*innen.
- Vorhandene Angebote so weiterentwickeln, dass sie auch von Senior*innen mit internationaler Familiengeschichte angemessen genutzt werden
- Bekämpfung von Einsamkeit durch generationenübergreifende Patenschaftsprogramme, Begegnungsräume und Seniorentreffs
- Den öffentlichen Raum und den ÖPNV altersgerecht und barrierefrei gestalten und ausbauen. Dazu gehören auch der Ausbau von Trinkwasserspendern als eine Form des Hitze- und Gesundheitsschutzes sowie die Errichtung genügend öffentlicher Toiletten.

Vielfalt schützen & Diskriminierung bekämpfen

Offenbach ist eine vielfältige Stadt, in der Menschen mit unterschiedlichen Lebensrealitäten zusammenkommen. Vielfalt ist eine Stärke, doch Diskriminierungserfahrungen gehören für viele Menschen zum

Alltag - aufgrund von Herkunft, Religion, Geschlecht, sexueller Identität, Behinderung oder psychischer Erkrankungen. Der Kommunale Aktionsplan Inklusion und die Neue Antidiskriminierungsstelle schaffen wichtige Grundlagen, reichen jedoch nicht aus, um allen Menschen gleichermaßen Schutz, Sichtbarkeit und Teilhabe zu garantieren. Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Einrichtung eines Amtes für Chancengerechtigkeit nach Kasseler Vorbild. Es arbeitet intersektional, ergänzt die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle und verbindet die Expertise des Frauenbüros sowie der kommunalen Behindertenbeauftragten;
- Weiterführung und Ausbau der Antidiskriminierungsstelle;
- einen erweiterten Aktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, verankert bei der Antidiskriminierungsstelle;
- verpflichtende Schulungen von Verwaltungspersonal zu Vielfalt, Antidiskriminierung und intersektionaler Sensibilität;
- die Förderung intersektionaler Projekte in Kultur, Bildung und Jugendhilfe;
- Entstigmatisierung psychischer Krankheiten durch Aufklärungsarbeit, insbesondere an Schulen;
- erweiterte Unterstützung für Migrant*innenvereine und Integrationslots*innen des Freiwilligenzentrums;
- mehr Vielfalt in der Verwaltung: durch Diversity-orientiertes Recruiting, Mentoring-Programme und eine offene Arbeitskultur.
- Kultur- & Freizeitangebote mit niederschwelliger Zugänglichkeit (z. B. regelmäßige Treffen, offene Cafés).
- Sprachförderung auch im Bereich der Muttersprachen auszubauen;
- Anbieter für unsere Stadt zu gewinnen, die Personal für die kultursensible Pflege ausbilden.
- Aktives Wahlrecht für alle, die in Offenbach wohnen – das ist unsere klare Forderung an das Land
- Die niederschweligen „Mama lernt Deutsch“-Kurse werden weiterhin von der Stadt finanziert. Es wird geprüft, ob ein höherer Bedarf besteht.

Unser Ziel: Offenbach soll eine Stadt sein, in der alle Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, sexueller Orientierung, Behinderung oder psychischer Verfassung frei von Diskriminierung leben - mit gleichen Chancen und echter Teilhabe.

Queeres Leben in Offenbach schützen

Wir GRÜNEN setzen uns in Offenbach für Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgeschlechtlichen, intergeschlechtlichen, asexuellen und queeren Menschen (LSBTQIA) ein. Im Austausch mit den Akteur*innen der LSBTQIA*-Community wollen wir:

- Sichtbarkeit queerer Menschen erhöhen und Schutzräume schaffen sowie spezifische Angebote in Freizeit, Bildung und Pflege unterstützen;
- Einrichtung von regelmäßigen TINA*-Schwimmstunden (trans*, inter*, nichtbinäre und agender Personen) durch Kooperation mit einem Schwimmbad, einmal im Monat in Kooperation mit der Betreibergesellschaft des Waldschwimmbads Rosenhöhe "Best OF Swim"
- Sensibilisierung und Fortbildungen im Bereich Queer- und Transfeindlichkeit für Mitarbeitende in Frauenhäusern, Jugendhilfeeinrichtungen und Jugendamt, insbesondere im Hinblick auf Belange von queeren Kindern und Jugendlichen.
- queere Beratung, Netzwerke und Peer-Angebote stärken, insbesondere für Jugendliche und vulnerable Gruppen. Wir sichern das Angebot in der Sandgasse dauerhaft ab und schaffen bedarfsgerecht weitere. Pro Familia Offenbach unterstützen wir dabei, ihr Beratungsangebot in diesem Bereich fortzuführen.
- Beratungsangebote für queere Geflüchtete stärken und niedrigschwellig sowie risikolos zugänglich machen

Diskriminierung aufgrund der sexuellen oder geschlechtlichen Identität oder des geschlechtlichen Ausdrucks hat keinen Platz in einer weltoffenen Stadt.

Inklusion leben & Barrieren abbauen

Offenbach soll eine Stadt sein, in der Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt und ohne Einschränkungen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Die Umsetzung des Kommunalen Aktionsplans Inklusion schreitet voran. Es ist entscheidend, dass die 115 Maßnahmen zur Wahrung der UN-Behindertenrechtskonvention weiterverfolgt werden. Wir setzen uns dafür ein, Barrieren abzubauen und die Teilhabe für alle Menschen zu fördern. Die Teilhabe am Stadtleben setzt Barrierefreiheit voraus. Folgende Maßnahmen stehen im Fokus:

- Weiterführung des Aktionsplans Inklusion mit festen Budgets, Monitoring und stärkerer Einbindung von Betroffenen;
- Ausbau der Barrierefreiheit durch Berücksichtigung von körperlichen, sensorischen und kognitiven Einschränkungen im öffentlichen Raum, in der Verwaltung, in Bildung, Kultur, Verkehr und Kommunikation durch barrierefreie Aufzüge, Türen, Toiletten, visuelle und akustische Informationen, Braille-Beschriftung etc.
- Berücksichtigung und Priorisierung von Fragen der Barrierefreiheit bei allen städtischen Bau- und Entwicklungsprojekten.
- Förderung von inklusiven Freizeit- und Bildungsangeboten, u. a. durch gezielte Fortbildungen von Fachkräften. Einrichtung eines zentralen, barrierearmen Online-Zugangs zur öffentlichen Verwaltung
- Erstellung einer Leitlinie für barrierearme Bürger*innenkommunikation, die für die gesamte Verwaltung und den Stadtkonzern gilt.

Ein sicherer Hafen für alle - Asyl, Schutz und Integration

Viele Offenbacher*innen wissen, was es bedeutet, die Heimat verlassen zu müssen. Unsere Stadt verdankt ihre Vielfalt und Geschichte der Tatsache, dass Menschen aus aller Welt hier willkommen waren und Teil des städtischen Lebens wurden. In diesem Geist gestalten wir Offenbach als sicheren Hafen. Wir setzen uns dafür ein, dass Offenbach auch über die gesetzliche Quote hinaus Geflüchtete aufnehmen kann. Humanitäres Engagement und Solidarität wollen wir vor Ort stärken.

Unsere Schwerpunkte:

- Beratung und Unterstützung: Mehrsprachige und inklusive Angebote in Bürger*innenbüros und sozialen Einrichtungen; Übersetzer*innen für Geflüchtete, die der gleichen Geschlechtsidentität angehören; Fortbildungen für nicht muttersprachliche Übersetzer*innen.
- Sprache und Integration: Ausbau von Sprachkursen - ehrenamtliche Einstiegsangebote und anerkannte Kurse für Gesellschaft und Berufswelt; Förderung von Patenschaftsprogrammen zwischen Alt- und Neuzugewanderten und Zugang zu Ehrenamtsmöglichkeiten.
- Arbeit und Ausbildung: Wir schaffen Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten. Damit ermöglichen wir eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt. Wir fördern Betriebe, die Geflüchtete ausbilden oder einstellen und ihnen so eine Bleibeperspektive eröffnen. Erfolgsgeschichten, wie sie von lokalen Unternehmen vielfach berichtet werden, prämiieren wir und machen sie für die Öffentlichkeit sichtbar.

Ziel ist, dass Offenbach Menschen in Not Schutz bietet und ihnen echte Teilhabechancen eröffnet. Asylrecht ist und bleibt ein Menschenrecht.

Soziale Infrastruktur

Eine gerechte Stadt braucht eine starke soziale Infrastruktur. Wir fördern deshalb Quartierszentren und Begegnungsorte in allen Stadtteilen. Dort finden Menschen unabhängig von Alter, Herkunft oder Einkommen wohnortnahe Unterstützung, Beratung und Gemeinschaft. Die bestehenden Quartierszentren in Offenbach leisten wertvolle Arbeit. Sie bieten Beratung im Alltag, Sprach- und Bildungsangebote, Freizeit- und Kulturaktivitäten, Unterstützung bei Behördenfragen und stellen Räume für Vereine, Initiativen und Nachbarschaften zur Verfügung. Diese Funktionen wollen wir sichern und ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende Einrichtungen finanziell abgesichert werden und dass neue dort entstehen, wo sie benötigt werden. So stärken wir den sozialen Zusammenhalt und machen Offenbach zu einer Stadt, in der Nachbarschaft und Solidarität im Alltag spürbar sind.

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Moderne, bürgernahe Verwaltung

In der Stadtverwaltung entwickeln rund 1.600 Menschen die Zukunft für die Bürger*innen, Unternehmen und Institutionen einer sich wandelnden Großstadt.

Als wichtiger Dienstleister für uns Bürger*innen kommt der Slogan „1000 Gestalter“ nicht von ungefähr. Für erfolgreiches Arbeiten brauchen die Beschäftigten moderne Arbeitsplätze, beste Technik und effiziente Verwaltungsstrukturen. Das ist das Ziel unserer parlamentarischen Arbeit. Eine moderne Verwaltung ist jedoch kein Selbstläufer. Eine Verwaltung muss sich, wie jedes Unternehmen, ständig erneuern. Was vor fünf Jahren fortschrittlich war, lässt sich heute oft noch besser gestalten. Daher müssen wir kontinuierlich in die Verwaltung investieren, damit sie modern und leistungsfähig bleibt. Dazu gehören leistungsfähige Entscheidungsverfahren, moderne ressortübergreifende Arbeits- und Projektmethoden, Fort- und Weiterbildung sowie neue Techniken.

Ob eine Verwaltung gut funktioniert, hängt von ihren Mitarbeitenden ab. Diese arbeiten qualifiziert und motiviert, wenn ihr Arbeitgeber, die Stadt, attraktiv und verlässlich ist und ihnen individuell Perspektiven zur Weiterbildung, zum Aufstieg und zur persönlichen Entwicklung bietet. In diesem Sinne muss die Stadt Offenbach ihre Stellenplanung, ihre Stellenbewertung und bewährte Leistungsanreize im Rahmen einer nachhaltigen Personalpolitik ständig verbessern.

Mehr digitale Techniken, deutlich weniger hinderliche Bürokratie!

Ob gegenüber Bürger*innen, Verbänden, Unternehmen, Investoren oder in internen Arbeitsprozessen - wir brauchen an allen Schnittstellen der Verwaltung einen Digitalisierungsschub. Wir wollen alles tun, um diesen überfälligen Prozess zu beschleunigen. Die Stabsstelle Digitalisierung spielt dabei eine zunehmend wichtige Rolle. Es geht um die Einführung neuer Techniken, die ressourcensparende Digitalisierung von Arbeitsabläufen und das Sparen von Zeit und Arbeit. Die Beschäftigten werden dafür geschult.

Bei der Digitalisierung geht es uns um Arbeitserleichterung, die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, die Entlastung von Routinearbeiten sowie den Abbau bürokratischer Verfahren und unnützer Rituale. Dies liegt im Interesse der Bevölkerung, der Wirtschaft, der sozialen Verbände und Dienstleister sowie der städtischen Beschäftigten. In Zeiten des Arbeitskräftemangels durch den demographischen Wandel müssen städtische Dienstleistungen auch zukünftig in hoher Qualität und zeitnah erbracht werden. Leistungen des Bürgerbüros sollen möglichst von zu Hause aus online in Anspruch genommen werden können.

Wir wollen beispielsweise bei der Einführung der EUDI Wallet, einer elektronischen Briefftasche, die den elektronischen Personalausweis EU-weit abbilden kann, eine führende Rolle einnehmen. So stehen Bürger*innen zeitnah mehr Verwaltungsdienstleistungen digital zur Verfügung. Datenschutzerfordernisse haben dabei höchste Priorität. Was wir nicht vergessen dürfen: Den Einwohner*innen soll auch der analoge Weg offenstehen, damit niemand auf dem Weg in eine digitalere Verwaltung alleingelassen wird.

Verwaltung modern organisieren

Um die Effizienz der Verwaltung zu steigern, ist im Zuge der Digitalisierung eine begrenzte Reorganisation notwendig. Die Zusammenarbeit innerhalb der Ämter sowie zwischen den städtischen Betrieben und der Verwaltung muss reibungslos funktionieren, um im Sinne der Einwohner*innen bestmögliche Ergebnisse zu erzielen. Alle Abteilungen und Betriebe arbeiten vertrauensvoll zusammen, um das Gemeinwohl zu fördern. Um die Aufgaben der Verwaltung optimal zu erfüllen, wollen wir die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern und städtischen Betrieben stärken. Anstelle isolierter Arbeit setzen wir auf vernetzte Strukturen, gemeinsame Projekte und eine Kultur des Miteinanders – so entstehen bessere Ergebnisse für die gesamte Stadtgesellschaft.

Um nennenswerte, messbare Fortschritte zu erzielen, setzt die Stadtverordnetenversammlung einen Projektausschuss ein. Dieser entwickelt und setzt in den kommenden drei Jahren gemeinsam mit Verwaltung, Wirtschaft, Bürgerschaft und Trägern konkrete Maßnahmen zur Entbürokratisierung um.

Nachhaltige Nutzung städtischer Liegenschaften

Wir unterstützen die Verwaltung dabei, die stadteigenen Liegenschaften nachhaltiger und effizienter zu bewirtschaften. So lassen sich Sanierungsstaus vermeiden, zeitgemäße und kontinuierliche Investitionen gewährleisten und der Werterhalt sichern. Zudem nutzt die Stadt ihre vorhandenen Flächen effizient. Dazu gehört die strikte Beachtung energetischer Kriterien. Aufgrund unserer Erfahrung halten wir die bisherigen Verwaltungsstrukturen für teilweise ungeeignet, um diese Ziele zu verfolgen. Unter Umständen ist eine Neuorganisation der Bewirtschaftung des stadteigenen Gebäudebestands erforderlich.

Wir prüfen systematisch, ob städtische und konzerneigene Flächen und Räume zeitweise oder dauerhaft kostengünstig an gemeinnützige Initiativen und Vereine vergeben werden können.

Bürgerbeteiligung stärken

Wir wollen die Beteiligung der Bürger*innen an den Entscheidungsprozessen von Politik und Verwaltung verbessern. Dafür analysieren wir gemeinsam mit der zuständigen Stelle in der Verwaltung die Beteiligungsprozesse der vergangenen Wahlperiode und zeigen Verbesserungsmöglichkeiten auf. Diese werden in künftigen Prozessen umgesetzt. Bei Bedarf berät die Servicestelle für Bürgerbeteiligung die Ämter.

In der kommenden Wahlperiode werden wir den Bürgerrat bei stadtstrategischen Fragen erproben und nutzen. Ein Beispiel ist die zukunftsfeste Weiterentwicklung des Wochenmarkts, bei der wir auch die Marktbesucher*innen einbinden wollen.

Sicherheit und Ordnung gewährleisten

Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutzeinheiten sind zentrale Bausteine der öffentlichen Sicherheit. Daher betreiben wir eine Politik, die das Ziel hat, sie bei ihrer Arbeit sachgerecht zu unterstützen und auszustatten. Die Aufgaben und das nötige Fachwissen sind in den letzten Jahren komplexer und vielfältiger geworden. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden, wollen wir den Rettungsdienst in einen städtischen Eigenbetrieb ausgliedern, sofern dadurch eine schnellere Anpassung an die jeweiligen Bedürfnisse möglich wird. Die Suche nach einem neuen Standort für die Feuerwehr unterstützen wir. Den ehrenamtlichen Bereich des Katastrophenschutzes wollen wir stärken und fördern.

Das Ordnungsamt hat in den vergangenen Jahren mehr Aufgaben erhalten und wurde personell aufgestockt. Weitere Aufstockungen betrachten wir kritisch. Sollte im Bereich der Kontrolle des ruhenden Verkehrs weiterer Bedarf entstehen, wollen wir diesen umsetzen, sofern er sich weitgehend selbst finanziert. Gleichzeitig wollen wir das Personal, wo rechtlich möglich, mit KI und videogestützten Methoden entlasten. In diesem Bereich wollen wir vorangehen. Die ausstehende Evaluation des Freiwilligen Polizeidienstes soll zeitnah abgeschlossen werden. Anschließend entscheiden wir auf Basis der Ergebnisse über die Fortsetzung der Maßnahme.

Solide Finanzen, gerechte Steuern

Unser Ziel ist klar: Wir wollen Offenbach so aufstellen, dass die Stadt möglichst viele Gelder aus dem Sondervermögen Infrastruktur des Bundes erhält und sie effizient nutzt. Zu diesem Zweck richten wir die Stabsstelle „Sondervermögen Infrastruktur“ ein. Diese bündelt das Einwerben der Gelder und deren Management. Die Kompetenz zum Stellen von Fördergeldanträgen muss erhalten und ausgebaut werden. Anträge auf Fördergelder sind bei geplanten Vorhaben zu stellen, wo möglich. Für uns gilt das Konnexitätsprinzip als Grundlage der Zusammenarbeit mit Bund und Land: Wer eine Leistung bestellt, muss sie bezahlen. Diese Forderung richten wir entschieden an Bund und Land.

Finanz- und Schuldenmanagement professionalisieren

Wir professionalisieren das Schulden- und Finanzmanagement der Stadt, um die Zinskosten für die Stadt und ihre Einwohner*innen möglichst günstig zu halten. Hierzu erweitern wir den Kreis der verfügbaren Instrumente über den klassischen Kommunalkredit hinaus. Dazu gehört auch die Ansprache eines breiteren Investorenkreises über den Landesbanken- und Sparkassensektor hinaus. Wir fördern die interkommunale Vernetzung und den Austausch, damit Kommunen voneinander lernen und bessere Konditionen erreichen. Zudem setzen wir uns beim Land Hessen für den Aufbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Kommunen ein.

Finanzkompetenz ausbauen

Aufgrund neuer, komplexer Finanzprodukte sind die Anforderungen an die Kämmerei gewachsen. Die Politik muss der Kämmerei daher Beratung und Weiterbildung bieten, damit sie bei Kapitalanlagen und Schuldenmanagement marktgerecht im Sinne der Stadtgesellschaft handeln kann.

Nachhaltige Finanzinstrumente nutzen

Wir werden die ersten Erfahrungen mit GRÜNEN Schuldscheinen auswerten und unsere Aktivitäten in diesem Bereich darauf aufbauend fortsetzen. Wir unterstützen sie, da sie die Grüne Transformation vorantreiben. Zudem kann die Stadt von den niedrigeren Zinsen profitieren, die Investoren für die Anlagemöglichkeit in grüne Vorhaben aufrufen. Sie müssen sich in der operativen Durchführung bewähren und für die Stadt einen positiven Zinseffekt erwirtschaften, ohne unüberschaubare Risiken zu schaffen.

Die städtische Anlagerichtlinie werden wir regelmäßig auswerten und hinsichtlich der Nachhaltigkeitskriterien weiterentwickeln. Wir prüfen, wie sich privates Kapital der Offenbacher Bevölkerung für Klimaschutzmaßnahmen der öffentlichen Hand aktivieren lässt, sodass diese auch als Anlegende profitieren können. Das Prinzip: Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben.

Finanzielle Bildung stärken

Wir machen die Menschen in Offenbach zukunftsfit. Wir vermitteln ihnen niederschwellig Wissen über Kapitalmärkte, nachhaltige Geldanlagen und sichere Vorsorgemodelle. So verbinden wir wirtschaftliche Eigenverantwortung mit Solidarität und sichern, dass Wohlstand in Offenbach fair und zukunftsfit gestaltet wird. Hierzu stellen wir einen Runden Tisch mit Expert*innen u. a. aus den Bereichen Bildung, Finanzwissenschaft, Soziales und Stadtverwaltung zusammen.

Faire und stabile Steuerpolitik

Mit strikter Ausgabendisziplin wollen wir die Grund- und Gewerbesteuern stabil halten und wenn vorhanden Spielräume für eine Senkung nutzen. Wir prüfen regelmäßig Potenziale zur Einführung oder Erhöhung von Bagatellsteuern und Abgaben wie Zweitwohnsitzsteuer, Tourismusabgabe oder Spielapparatesteuer, um an anderen Stellen des Haushaltes Gestaltungsmöglichkeiten zu erhöhen.

Verpackungssteuer

Eine Verpackungssteuer ist nur bedingt haushalterisch relevant, hilft aber dabei, Müll zu vermeiden und die Stadt sauber zu halten. Wir wollen die Umsetzung gemeinsam mit anderen regionalen Akteuren prüfen und vorantreiben. Wichtig ist ein gemeinsames Vorgehen von Gastronomen, IHK und Stadt bei der Konzeptentwicklung, da eine Verpackungssteuer nur bei hinreichender Praktikabilität und Lenkungswirkung Akzeptanz findet. Mögliche Einnahmeüberschüsse sollen zweckgebunden für die Sauberkeit der Innenstadt sowie zur Unterstützung eines Mehrwegsystems für die Gastronomie verwendet werden.

Grundsteuer

Unser Ziel bleibt es, die Grundsteuer zu senken, um Bevölkerung und Unternehmen zu entlasten.

Sollte eine Erhöhung der Grundsteuer aber nicht vermieden werden können, prüfen wir, ob eine Beteiligung der Wirtschaft durch eine moderate Anhebung der Gewerbesteuer angemessen ist, um soziale Härten für die Bevölkerung abzufedern. Die Finanzierung der Stadt Offenbach soll auf Basis einer fairen Aufteilung zwischen Bevölkerung und Unternehmen erfolgen.

Stadtkonzern: Speerspitze der Klimawende

Die städtischen Betriebe leisten einen enormen Beitrag zur Klimawende: Elektrifizierung der Fahrzeugflotte, nachhaltige Bewirtschaftung der Liegenschaften, Bepflanzung städtischer Flächen und eine Offensive im Bereich der Photovoltaik. Wir sind Vorreiter bei der Busflotte und gehören bundesweit zur Spitze. Unser Ziel ist klar: Wir wollen mit der Leitung und dem Team so zusammenarbeiten, dass sich der Offenbacher Stadtkonzern mit noch mehr Energie um diese Themen kümmert. So wird er zur Speerspitze bei der Klimawende - ein Vorbild, das uns alle stolz macht.

Zukunftsfonds auflegen – für Offenbach 2035

Wir investieren mehr politische Energie in das Ziel eines klimaneutralen Offenbach. Die Umgestaltung in eine klimaneutrale Zukunft erfordert hohe Investitionen. Wir plädieren dafür, einen zweckgebundenen Zukunftsfonds „Offenbach 2035“ einzurichten. Er soll sich aus Einnahmen des SOH-Konzerns, Fördergeldern und möglichst auch privaten Anlagegeldern speisen. Wir wollen das Bewusstsein in der Öffentlichkeit schärfen, dass Stadtverwaltung und Stadtkonzern wichtige Wirtschaftsfaktoren für Offenbach sind. Ohne die zahlreichen Dienstleistungen, die die Verwaltung tagtäglich für Eltern, Kinder, Schüler*innen, Unternehmen, Vereine und Investierende erbringt, und ohne die Investitionen in unsere Infrastruktur gäbe es weder einen gedeihlichen Alltag noch eine gute Zukunft für Offenbach.

Sinnvoll investieren für Arbeit, Natur, Gesundheit

Die Stadt beschafft jährlich Waren und Dienstleistungen im Wert von mehreren Millionen Euro. Über Ausschreibungen steuern Stadtparlament und Verwaltung, wo gekauft wird: direkt vor Ort, in der Region oder anderswo. Auch, bei wem gekauft wird, wird über Ausschreibungen geregelt: Bei Unternehmen und Handwerksbetrieben, die gute Arbeitsplätze bieten und sich an Tarifverträge und Gesetze halten, oder bei solchen, die vordergründig einen niedrigen Preis bieten, weil sie Gesetze und Tarifverträge umgehen. Schließlich entscheidet die Stadt, ob sie ökologische Produkte oder solche beschafft, die der Gesundheit oder der Natur schaden. Wir sind uns dieses Hebels bewusst und wollen ihn in Zukunft stärker nutzen. Bestehende Prozesse und Einrichtungen werden fortlaufend überprüft und weiterentwickelt, um Produkte und Dienstleistungen aus guter Arbeit, regionaler Wertschöpfung und mit ökologischem Mehrwert zu beschaffen.

Offenbach hat seinen Weg zur Fairtrade-Stadt vor Jahren begonnen. Wir sind vorangekommen, haben das Potenzial aber noch nicht ausgeschöpft. Wir sind inzwischen ungeduldig geworden. In der neuen Wahlperiode wird Offenbach zur Fairtrade-Stadt und integriert die Kriterien des fairen Handels stärker in die Verwaltungsprozesse. Einzelne Vorhaben, wie die Zertifizierung fairer KITAS, können zügiger umgesetzt werden. Ein besonderes Augenmerk richten wir auf die sich ausbreitenden Subunternehmerketten. Dort wird am häufigsten gegen Gesetze und Tariftreue verstoßen. Dem wollen wir einen Riegel vorschieben.

Starker Wirtschaftsstandort in der Region

In den vergangenen Jahrzehnten traf der Strukturwandel Offenbach hart. Nur noch wenige Zeugnisse der produzierenden Industrie des vergangenen Jahrhunderts sind vorhanden. Mit dem Rückgang der Industrie verlor die Stadt Steuereinnahmen und Kaufkraft, was sich bis heute in Handel und Gastronomie bemerkbar macht. In den letzten Jahren hat die Stadt begonnen, den Strukturwandel aktiv zu gestalten und neue wirtschaftliche Perspektiven für die Wirtschaftsstruktur im Herzen des Rhein-Main-Gebiets zu entwickeln. Dazu wollen wir die Vernetzung mit dem Kreis Offenbach und der Stadt Frankfurt als gemeinsamen Wirtschaftsraum stärken.

Wir fördern aktiv die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Offenbach. Wir heißen neue, zukunftsgerichtete Unternehmen und Industrien in Offenbach willkommen und schaffen die Rahmenbedingungen, die für bestehende und neue Firmen sowie ihre Mitarbeitenden unerlässlich sind. Die erfolgreiche Ansiedlungspolitik der Wirtschaftsförderung unterstützen wir und wollen sie fortsetzen. Fachkräften, die hier arbeiten und leben wollen, bieten wir ein gutes Umfeld. Dazu gehören sichere Kinderbetreuung, ein lebenswerter Stadtraum und bezahlbarer Wohnraum - auch für Auszubildende.

Energiewende und faire Arbeitsbedingungen

Die Erneuerung des Müllheizkraftwerks und des Kohlekraftwerks ist für die Wärmewende und die Entwicklung der Nebenkosten für die Bürger*innen unserer Stadt von großer Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, dass effiziente, günstige, zukunftsichere und umweltfreundliche Technologien zum Einsatz kommen. In unserer Stadt mit ihrem hohen Fernwärmeanteil bieten diese Erneuerungen die Chance, große Fortschritte bei der grünen Transformation zu erzielen und die Stadt jetzt gegen absehbar steigende CO₂-Preise resilient aufzustellen. Bezahlbare Nebenkosten für die Offenbacher*innen müssen dabei immer Ziel und wesentlicher Fokus der Entscheidungen sein. Diese Kosten wirken sich über Wärmekostenzuschüsse für Transferempfangende und die Energieversorgung städtischer Immobilien signifikant auf die Kommunalfinanzen aus. Wir fördern Unternehmen am Standort, die ihren Mitarbeitenden gute und faire Arbeitsbedingungen bieten.

Wir wollen am Standort Unternehmen, die ihren Mitarbeitenden gute und faire Arbeitsbedingungen bieten, und fördern dies. Schlechte Arbeitsbedingungen, Ausbeutung und kriminelle Praktiken gegenüber Arbeitnehmenden, beispielsweise im Baubereich, treten wir entschieden entgegen. Gemeinsam mit Zoll und anderen zuständigen Behörden prüfen wir, wie wir diese Praktiken in Offenbach eindämmen können, genauso wie damit zusammenhängende Symptome wie Überbelegung und Mietwucher.

Stadtentwicklung, Bodenpolitik und Bildung

Um interessante Liegenschaften zu sichern, prüfen wir die Vorkaufsrechte der Verwaltung bei Immobilientransaktionen im Stadtgebiet. Ziel ist es, die Handlungsmöglichkeiten bei der Ansiedlung von Unternehmen oder Rechenzentren zu erweitern. Unter Umständen muss die Stadt Vorkaufssatzungen für bestimmte Gebiete verabschieden.

Erhöht sich der Bodenwert durch eine Änderung des Planungsrechts in der Bauleitplanung, partizipiert die Stadt am Wertzuwachs. Dies ist im Umlegungsverfahren, über städtebauliche Verträge oder klassisch durch Beiträge möglich. Auch durch Zwischenerwerb in Kombination mit Vorkaufsrechten kann die Stadt die Wertsteigerung abschöpfen.

Den Unternehmen in Offenbach wollen wir ein gutes Umfeld für die Aus- und Weiterbildung ihrer Fachkräfte bieten. Wir arbeiten daran, den aktuellen Standort der Hochschule für Gestaltung als Bildungsort zu erhalten und eine weitere Hochschule an diesem Standort anzusiedeln. Im Zusammenspiel mit der Wirtschaftsförderung und potenziellen Nutzenden soll eine sinnvolle Ergänzung zum Bildungsangebot in der Region entwickelt werden. Wir begrüßen den neuen Fachbereich „Wetterdienst“ der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung und wollen das Wirken der Hochschule in Offenbach spür- und sichtbar machen. Gemeinsame Projekte, etwa im Bereich der Klimaanpassung, können hierfür zielführend sein.

Vorhandene Flächen klug nutzen

In der flächenmäßig limitierten Stadt Offenbach muss die Entwicklung einer starken Wirtschaftsstruktur im Bestand beginnen. Das betrifft die ansässigen Unternehmen, die wir halten und denen wir Perspektiven bieten müssen, sowie die vorhandenen Flächen. In der Flächenkonkurrenz zwischen Naherholung, Naturraum, Wohnen, Verkehr und Gewerbe ist es von zentraler Bedeutung, dass wir die aktuell nicht oder nur wenig qualitativ genutzten Flächen neu ordnen und bewerben, damit keine neuen Flächen auf Kosten von Naturräumen erschlossen werden müssen. Bestehende Wald- und Biotopflächen sind keine Option für Gewerbeerweiterungen.

Wir wollen Flächen zwischen Gewerbe und Handel ermöglichen und die Planungen anpassen, sodass die Überbauung von Parkplätzen und Supermärkten mit Wohnungen möglich wird. Die notwendigen Änderungen in den städtischen Planungsgrundlagen werden wir schnell nach der Wahl anstoßen.

Der INNO-Campus zeigt, wie Flächenrecycling funktioniert und neue Unternehmen angesiedelt werden können. Die verbliebenen Flächen vermarkten wir so, dass dort qualitativ hochwertige Produkte und Dienstleistungen entstehen. Wir werden prüfen, ob das Ursprungskonzept und die Finanzierungsgrundlage für den INNO-Campus weiterhin tragfähig sind. Falls nicht, prüfen wir eine konzeptionelle Überarbeitung der Neuflächen, um das Areal zukunftsfähig zu entwickeln und die denkmalgeschützten Gebäude, Park- und weiteren Flächen sinnvoll zu nutzen.

Die Fortschreibung des Masterplans nutzen wir, um den Herausforderungen der Stadt gerecht zu werden. Wir begleiten den Prozess aktiv. Dabei achten wir darauf, dass soziale Aspekte und das qualitative Lebensumfeld der Offenbacher*innen genauso viel Gewicht haben wie eine flächensuffiziente Entwicklung unserer Gewerbeflächen, um neue Potenziale zu schaffen.

Start-ups, Handwerk und Kreislaufwirtschaft fördern

Wir fördern Start-ups weiterhin und bieten ihnen einen guten Rahmen, um sich zu erproben und zu entwickeln. Wir verbessern den Know-how-Transfer zwischen Bildungsstätten und Gründenden, damit Gründende von der HFG in Offenbach bleiben. Wir arbeiten daran, bürokratische Hürden für Gründende zu reduzieren.

Das Handwerk ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und ein zentraler Akteur beim zukunftsgerechten Umbau unserer Stadt. Handwerkende legen unsere Grünflächen an, bauen unsere Häuser und die Energieinfrastruktur. Sie verdienen nicht nur Wertschätzung, sondern auch klare Zukunftsperspektiven. Um den

Flächenherausforderungen entgegenzuwirken, wollen wir in Zusammenarbeit mit der Offenbacher Handwerkerschaft innerhalb der nächsten fünf Jahre einen Handwerkerhof etablieren.

Gemeinsam mit den Akteur*innen des Offenbacher Handwerks - ggf. mit dem Kreis Offenbach - wollen wir einen Masterplan Handwerk erarbeiten, der klare Entwicklungspfade und Zukunftsperspektiven aufzeigt.

Auf dem Weg zur Klimaneutralität ist es unerlässlich, dass wir geschaffene Ressourcen wiederverwenden und die in Gebäuden und Anlagen gespeicherte graue Energie nutzen. Die Kreislaufwirtschaft gewinnt an Bedeutung, und wir müssen dieser gerecht werden. Wir unterstützen die städtischen Entsorgungsbetriebe dabei, die in abgegebenen Produkten enthaltenen Werte dem gesellschaftlichen Kreislauf zu erhalten. Kleidung, Möbel und Geräte sind oft noch in gutem Zustand und haben ein zweites Leben verdient.

In Offenbach hat sich mit dem Circle Hub in kürzester Zeit eine wegweisende Einrichtung zur Förderung der Kreislaufwirtschaft (vor allem im Bausektor) etabliert. Die Stadt Offenbach unterstützt Akteure und Institutionen der Kreislaufwirtschaft. Gemeinsam mit der ESO und anderen Betrieben bringt sie sich aktiv ein, um vom vorhandenen Know-how zu profitieren. Wir wollen neue Ideen modellhaft umsetzen und zu den Vorreitern gehören.

Innenstadt stärken, Handel erneuern

In den letzten Jahren hat der Einzelhandel einen massiven Strukturwandel durchlaufen. Modelle, die unsere Städte über Jahrzehnte geprägt haben, funktionieren nicht mehr. Wir begleiten den zukunftsgerechten Umbau der städtischen Einzelhandelsstruktur. In der Innenstadt sind wir auf einem guten Weg. Durch die Förderung neuer Konzepte und die Schaffung öffentlicher Bereiche und Institutionen ohne Konsumzwang - wie die Neue Stadtbücherei in der Station Mitte - bringen wir Geschäftsinhabenden Frequenz und Räume für Neues. Die Stärken des Bestehenden, wie die migrantische Wirtschaft, die Offenbach ein vielfältiges Warenangebot beschert, das in dieser Kompaktheit und Vielfalt in Deutschland nur selten zu finden ist, werden wir stärker hervorheben und fördern. Die Aufenthaltsqualität der Innenstadt steigern wir, indem wir nach der Wahl schnell das Konzept zur Begrünung der Innenstadt umsetzen. Den Wochenmarkt werden wir sichern. Sollte dafür eine Strukturreform, etwa bei den Marktzeiten, nötig sein, stoßen wir einen breiten, offenen Prozess mit der Stadtgesellschaft an.

Die Versorgung der Stadtteile behalten wir im Blick und wollen im Dialog mit den Einzelhändler*innen vor Ort die Zukunftsfähigkeit des Einzelhandels in Bürgel, Rumpenheim, Bieber und anderen Stadtteilen absichern.

BILDUNG

Wir denken Bildung lebenslang: von der Kita über Schule, Ausbildung und Studium bis ins hohe Alter sowie außerhalb schulischer Einrichtungen. Wir setzen uns für gute Lernbedingungen und Chancengerechtigkeit ein. Dazu gehören ausreichend Betreuungsplätze und Fachkräfte ebenso wie großzügige Räume und gesundes Essen.

Kitas - Frühkindliche Bildung

Zugang zu Betreuung

In den letzten Jahren sind fast 1.000 neue Krippen- und Kitaplätze entstanden. Der Bedarf für Kinder unter drei Jahren ist gedeckt. Wir sind trotzdem noch nicht am Ziel. Jedes Kind in Offenbach soll einen wohnortnahen Krippen- oder Kindergartenplatz erhalten. Dazu gehört auch die Betreuung zu Randzeiten sowie verlässliche Öffnungszeiten von 7:30 bis 16:30 Uhr.

Um Eltern den Zugang zu vereinfachen, führen wir eine digitale, zentrale und trägerübergreifende Anmeldung für Kitaplätze ein. Mit den Kitabetreibern arbeiten wir an einheitlichen Kriterien für einen fairen Zugang zu Betreuungsplätzen. Inklusion ist uns dabei ein wichtiges Anliegen. Wir möchten die freien Träger der Kitas ggf. über eine Anpassung der Betriebskostenzuschüsse dafür gewinnen, mehr Kinder mit Förderbedarf aufzunehmen, für einen gemeinsamen Start ins Leben.



Der Kitabereich ist bereits heute die zweitgrößte Ausgabenposition im städtischen Haushalt hinter Personal. Dies zeigt, wie wichtig das Thema für Offenbach ist. Wir wollen weiterhin in diesen Bereich investieren und die Kitaträger finanziell so ausstatten, dass sie ihre Arbeit für unsere Stadt fortsetzen und verbessern können. Wir wollen die Ausbildung von Erziehenden in Offenbach stärker fördern.

Fachkräfte und multiprofessionelle Teams

Um ausreichend Kitaplätze anbieten zu können, muss Personal gewonnen und im Beruf gehalten werden. Die angespannte Fachkräftesituation und die Zunahme von Inklusionskindern belasten viele Erzieher*innen. Deshalb wollen wir die Gruppengröße in den kommenden Jahren schrittweise von 25 auf 22 Kinder reduzieren. Das steigert die Qualität der Betreuung, verbessert das Wohlbefinden in der Gruppe und macht den Beruf attraktiver. Wir wirken beim Land auf eine entsprechende Änderung der Gruppengröße hin.

Um qualifiziertes Personal zu gewinnen, richten wir eine Anlaufstelle zur Beratung und Unterstützung bei der Anerkennung ausländischer Qualifikationen ein. Die Kosten für die Anerkennung sowie für Übersetzungen und Beglaubigungen ausländischer Abschlüsse möchten wir künftig für die angehenden Fachkräfte übernehmen.

Zur Entlastung der Erzieher*innen bei einfachen Aufgaben wollen wir die Vermittlung von Freiwilligen/Hilfskräften an Kitas initiieren, beispielsweise für regelmäßige Vorlesestunden und Ähnliches (analog zum Angebot des Freiwilligenzentrums für Grundschulen). Wir bauen das Gesundheitsmanagement beim EKO aus.

Die Jugendhilfe ergänzt das Angebot und entlastet Fachkräfte und Familien. Das Jugendamt bringt ein entsprechendes Konzept auf den Weg und setzt es um. Auf Landesebene setzen wir uns für einen Sozialindex für Kitas ein.

Attraktive Kitas

Kitagebäude

Auch bei zunehmender Hitze im Sommer muss der Aufenthalt in den Gebäuden erträglich bleiben. Dafür müssen alle Kitas mit einem ausreichenden Hitzeschutz ausgestattet werden. Dazu gehören für uns unter anderem Außenjalousien, gegebenenfalls Kühlung über Wärmepumpen oder Klimaanlage, nach Möglichkeit mit PV betrieben, entsiegelte Flächen, Schatten im Außenbereich sowie die Möglichkeit, bei hohen Temperaturen Wasserspiele bereitzustellen. Die Kinder sollen Spielgeräte haben, die Spaß machen!

Essen

Gesundes Essen und Trinken von Anfang an ist uns ein zentrales Anliegen. Wir möchten bei unserem städtischen Eigenbetrieb ein kostenfreies Frühstück einführen, wie es bei vielen freien Trägern üblich ist.

Außerdem treiben wir die Einhaltung der Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) voran, um die Essensqualität zu verbessern. In Einrichtungen mit eigener Küche soll es mehr Frischkost geben.

Der Weg in die Grundschule

Sprachförderung ist ein wichtiger Baustein, um gut in der Schule anzukommen. Wir setzen uns dafür ein, dass Vorlaufkurse zur Deutschförderung im letzten Kindergartenjahr in den Kitas und nicht in den Grundschulen stattfinden. Dies erleichtert vielen Familien die Organisation. Wir bauen Schulungsangebote für Erzieher*innen aus, um mehr Deutschförderung im Kita-Alltag zu integrieren.

Um den Übergang von der Kita zur Grundschule zu verbessern, wollen wir die Qualität der Vorschulangebote in den Kitas fördern und angleichen. Dafür entwickeln wir klare Kriterien und passende Schulungsangebote.

Zur Begleitung des Übergangs entwickeln wir ein Vorgehen mit Mindeststandards und fördern den Austausch zwischen pädagogischem Personal und Lehrkräften. Mögliche Vorbilder hierfür sind das Wiesbadener Modell oder das Vorgehen in Hamburg.

Eltern möchten wir stärken und als Unterstützende für ihre Kinder „ausbilden“, wie es bereits in vielen Projekten der Stadt geschieht, beispielsweise Echo oder ELMO.

Schulen

Inklusion

Inklusion ist uns ein wichtiges Anliegen. Viele Kitas arbeiten inklusiv, doch mit Beginn der Grundschulzeit endet das häufig. Gleichzeitig ist die Fröbelschule überfüllt und die Gründung von Kooperationsklassen in Regelschulen nur eine Übergangslösung. Unser Ziel ist eine inklusive Beschulung in Regelschulen. Deshalb:

- Wir wollen den Schulentwicklungsplan fortschreiben und dabei ein besonderes Augenmerk auf das Thema Inklusion legen.
- Wir unterstützen Grundschulen, die nach einem „begabungsorientierten Konzept“ arbeiten wollen. Langfristig müssen die Offenbacher Schulen in die Lage versetzt werden, die Inklusion voranzubringen. Dafür braucht es zusätzliche Räume und eine inklusive Planung, die weiterdenkt (z. B. Barrierefreiheit und Toiletten mit Wickelmöglichkeit).

Ganztag:

Ab Sommer 2026 haben alle neu eingeschulten Kinder und ihre Familien das Recht auf ganztägige Bildung und Betreuung. Die Grundschulen haben sich für unterschiedliche Konzepte entschieden, die sie ab dem kommenden Schuljahr umsetzen. Wir ermutigen sie, den Weg zur gebundenen Ganztagsschule bis mindestens 15 Uhr weiterzugehen. So entsteht mehr gemeinsame Zeit zum Lernen, Spielen, Essen, für Sport, Kultur, Freunde treffen und eine sinnvoll genutzte Zeit, von der alle Schüler*innen profitieren. Das kann flexible Angebote nach Bedarf (Förderangebote u. ä. m.) beinhalten sowie eine an das obligatorische Angebot anschließende freiwillige Betreuungszeit durch externe Träger.

Als Stadt unterstützen wir die Grundschulen bereits mit zusätzlichen Stellen im Schulamt und ab dem Sommer auch mit Geld für mehr Qualität bei den ganztägigen Angeboten. Erstmals stellen wir auch Gelder für die Jugendhilfe an Grundschulen bereit. Das Geld kommt aus den Mitteln für die auslaufenden Horte. Wir evaluieren, ob die Mittel für ein gutes Ganztagsangebot ausreichen. Überschüssige Mittel können mittelfristig für ein besseres und kostengünstigeres Mittagessen genutzt werden.

Zusätzlich bringen wir den ganztagsgerechten Ausbau der Schulen voran und investieren in ihre ganztagsgerechte Ausstattung.

Wir setzen uns für eine Erhöhung der Stunden in den Schulsekretariaten ein, um die Umsetzung des Ganztags organisatorisch zu unterstützen.

Auf Landes- und Bundesebene kämpfen wir für mehr Mittel und Personalstellen für den Ganztag, beispielsweise in Form von Schulgesundheitsfachkräften.

Wir begrüßen Ganztagsangebote an weiterführenden Schulen - von Ganztagsklassen über Hausaufgabenbetreuung bis hin zu vielfältigen Arbeitsgruppen.

Engagieren sich Fördervereine im Ganztag, unterstützt die Stadt sie auch organisatorisch.

Schulbauten

In den letzten Jahren mussten wir zahlreiche Schulplätze schaffen und gleichzeitig Schulbausanierungen vorantreiben. Beides treiben wir weiter voran, vor allem an Schulen, die noch auf grundlegende Gebäudesanierungen warten. Wir nehmen dabei auch das Thema Bewegung in den Blick. Wir wollen Turnhallen ausbauen, um Hallensportarten wie Gymnastik und Tanzen Raum zu verschaffen und die dritte Sportstunde an den Schulen zu ermöglichen. Wir wollen die Kapazitäten für den schulischen Schwimmunterricht und Schwimmkurse ausweiten.

Mit dem Beschluss der Schulbaurichtlinie haben wir bereits viel erreicht. Im Neubau und bei (Teil-)Sanierungen setzen wir uns zusätzlich für folgende Punkte ein:

- Hitzeschutz an Schulen vorantreiben und für ausreichende Kühlung sorgen. Klimaanlage sind, wo möglich, immer mit Photovoltaik zu kombinieren. Schulhöfe sind bei Umbauten weiterhin zu entsiegeln.
- Schulgebäude sind inklusiv und barrierefrei zu planen.
- Gebäude großzügig planen; besser ein Raum oder Quadratmeter mehr als zu knapp.

- Berücksichtigung alternativer Lernmöglichkeiten wie Differenzierungsräume sowie moderner Lehr- und Lernkonzepte.
- Schulhöfe brauchen attraktive, unterschiedliche und schattige Spielmöglichkeiten sowie Sitzgelegenheiten für ältere Schüler*innen.
- Lernende sollen jederzeit Zugang zu kostenlosem Trinkwasser haben, etwa über Wasserspender oder geeignete Waschbecken in den Sanitärräumen.

Lebenswerte Schule/Gern zur Schule gehen

Toiletten und Reinigung

Beschädigte und verschmutzte Toiletten sind ein großes Problem an Schulen, weshalb Kinder und Jugendliche den Toilettengang meiden. Wir möchten:

- einen Runden Tisch organisieren, um gemeinsam mit Betroffenen Lösungen für die Schulen zu erarbeiten. Ziel ist ein Konzept für Schult Toiletten, das Erfahrungen wie die der AG „Lokus im Fokus“ der Rudolf-Koch-Schule aufgreift. Ein Lösungsschritt ist zu prüfen, ob wieder feste Reinigungskräfte an den Schulen eingestellt werden, analog zu den Hausmeister*innen der Gebäude Management GmbH (GBM). Durch die Ausweitung der Schulzeit im Ganztags sind zusätzliche Reinigungsintervalle notwendig.
- An allen weiterführenden Schulen sind in den Toiletten ausreichend kostenfreie Menstruationsprodukte zur Verfügung zu stellen.
- Wir setzen uns für Unisex-Toiletten zusätzlich zu geschlechtergetrennten Toiletten ein, um queere Lebensrealitäten zu berücksichtigen. Ein sensibler Umgang mit verschiedenen Bedürfnissen ist uns wichtig.

Essen

Ein gesundes Schulessen, das den Schüler*innen schmeckt, ist noch keine Realität. Wir setzen uns dafür ein.

- Das Essen soll den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) entsprechen. Convenience-Produkte der Stufe 3 und höher, zum Beispiel Kartoffelpüree zum Anrühren, möchten wir ausschließen.
- Wir wollen die Essensqualität an Schulen durch andere Vergabemöglichkeiten verbessern. Ein Preis pro Essen wird festgelegt, auf dessen Grundlage sich Anbieter mit einem Portfolio bewerben.
- Aufgrund des Ganztagsausbaus ist die Gründung eines Eigenbetriebs für die Essensversorgung an Kitas und Schulen zu prüfen. Ein solcher Eigenbetrieb könnte in Clusterküchen organisiert sein, die Mengenvorteile erwirtschaften und mehrere Schulen und Kitas frisch beliefern. Zur Erprobung bringen wir ein Pilotprojekt auf den Weg.
- Wir befürworten und unterstützen die Gründung von Mensazirkeln als demokratische Gremien zur Erstellung des Essensplans, in die Schüler*innen, Eltern, Lehrkräfte und Betreiber eingebunden werden.
- Wir möchten an allen Grundschulen ein kostenfreies, gesundes Frühstück als Start in den Tag ermöglichen.
- Den zuckerfreien Schultag an Grundschulen verfolgen wir als ganzheitlichen Ansatz und beziehen die Eltern ein.

Vielfältige und multiprofessionelle Angebote

Wir wollen Jugendhilfearbeit und Schulsozialarbeit ausbauen und die Anbindung der Schulen an Familien- und Jugendzentren im Viertel verstärken, um Kinder und Familien zu unterstützen.

Wir unterstützen Schulen bei der Etablierung multiprofessioneller Teams. Wir fordern eine Gesundheitsfachkraft für jede Schule. Wir setzen uns dafür ein, dass die Landesregierung dies allen Schulen ermöglicht.

Wir möchten den Schulen Geld für zusätzliche Projekt- oder Bildungsangebote Dritter bereitstellen, das sie niedrigschwellig abrufen können. Ein Vorbild ist das Projekt „Offenbacher Brückenschlag“, das Kunstunterricht durch Kunstschaffende der Jugendkunstschule ermöglicht. Dieses Angebot soll ausgebaut werden. Mögliche Themen sind Klimaschutz in Kooperation mit dem Wetterpark oder Theaterprojekte mit Schauspielenden der lokalen Theater. Wir wollen den städtischen Methodenkoffer für präventive Angebote stärker bewerben.

Wir setzen uns dafür ein, dass muttersprachlicher Unterricht in ausreichendem Umfang angeboten wird. Dazu erheben wir den aktuellen Stand und den Bedarf.

Schulweg

Wir wollen die Selbstständigkeit der Schüler*innen bei der Bewältigung ihres Schulwegs fördern. Schulwege und Verkehrssituationen vor Bildungseinrichtungen müssen sicherer werden. Zudem müssen entsprechende Schulwegepläne erstellt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass vor Schulneubauten wie der geplanten Emmy-Noether-Schule sichere Plätze mit hoher Aufenthaltsqualität entstehen.

Digitalisierung:

Wir werden uns beim Land für digitale Lernmittelfreiheit für Schüler*innen einsetzen. In einer zunehmend digitalisierten Schulwelt muss diese neben der notwendigen Software auch Endgeräte wie Laptops und iPads umfassen, sonst werden Ungleichheiten verschärft. Vor Ort wollen wir dafür sorgen, dass die Schulen ausreichend Dauerleihgeräte für Schüler*innen sowie schuleigene Endgeräte für den Unterricht bereitstellen (z. B. iPad-Koffer für Unterrichtseinheiten), um den Bedarf zu decken. Wir fordern feste Ansprechpersonen für den IT-Support in jeder Schule sowie durchgängig verfügbares WLAN für ältere Lernende an weiterführenden Schulen (statt stundenweiser Voucher, die die Lehrkraft vergeben muss).

Schulentwicklung und Schulentwicklungsplanung

Im Zuge der nächsten Schulentwicklungsplanung setzen wir uns für eine hohe Durchlässigkeit des Bildungssystems ein. Wer nach dem Realschulabschluss von einer IGS zur gymnasialen Oberstufe eines Gymnasiums wechseln möchte, sollte diesen Weg nutzen können. Wir wollen die bestehenden Oberstufen stärken, um eine sinnvolle Mindestgröße sicherzustellen und so ein attraktives Kursangebot zu ermöglichen. Die Einführung weiterer Oberstufen sehen wir kritisch.

Bei der Weiterentwicklung des Schulentwicklungsplans sind die schuleigenen Bedarfe und Wünsche zu berücksichtigen, damit die Schulen ihre Profile erhalten können. Insbesondere bei der Anzahl der Klassenzüge sind die Wünsche der Schulen und die räumlichen Gegebenheiten zu berücksichtigen, damit die Schulen gute Kurs- und Betreuungsangebote machen können und Räume zur Differenzierung erhalten bleiben.

Wir fördern innovative Konzepte und ermutigen Schulen, neue Wege zu beschreiten. Wir unterstützen Grundschulen, die eine flexible Eingangsstufe (1-3 Jahre) einführen oder eine Einschulung ab 5 Jahren anstreben.

Außerschulische Bildungsangebote

In Offenbach gibt es auch außerhalb von Kita und Schule zahlreiche kulturelle, museums- und erlebnispädagogische Bildungsangebote. Dazu zählen die Musikschule und die Kinder- und Jugendfarm, deren Arbeit wir schätzen und unterstützen. In den vergangenen Jahren haben wir das Angebot im Haus der Stadtgeschichte, im Klingspormuseum und im neu eröffneten SCAPE ausgebaut. Diese Optionen wollen wir in Schulen und Kitas stärker bewerben. Neu kommt die Station Mitte als moderner Lern- und Bildungsort für alle hinzu. Die meisten Angebote befinden sich im Stadtzentrum. Wir bauen dezentrale Angebote wie den Bücherbus und das Jugendkunstschulmobil aus, um junge Menschen in allen Stadtteilen zu erreichen. Außerdem wollen wir mehr Angebote direkt in Kitas und Schulen finanzieren.

Ausbildung und Studium

Auszubildende und Studierende bereichern unsere Stadt, geben Impulse und sind wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung Offenbachs.

In Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt, der IHK, den beruflichen Schulen und weiteren Partnern bauen wir das Beratungsangebot zu Schulabschlüssen und Berufsausbildungen für die Jahrgangsstufen 9 und 10 aus. Gemeinsam mit der IHK, dem Handwerk und den Gewerkschaften möchten wir prüfen, wie man Auszubildende in der Stadt besser unterstützen kann. Ein erster Schritt sind Vergünstigungen für Auszubildende in allen öffentlichen Einrichtungen, wie sie für Studierende bereits üblich sind.

Gemeinsam mit der IHK, dem Handwerk und der Agentur für Arbeit wollen wir die duale Ausbildung stärker bewerben. In einer Stadt mit so vielen jungen Menschen darf kein Ausbildungsplatz unbesetzt bleiben. Wir möchten das Übergangsmanagement von der Schule in den Beruf stärken.

Damit alle Offenbacher*innen ihre Qualifikationen einbringen können, prüfen wir, ob die Kosten für die Anerkennung, Übersetzung und Beglaubigung von im Ausland erworbenen Abschlüssen übernommen werden können.

Der Neubau der HfG bietet die Chance, die Hochschule und die Stadt stärker zu verbinden. Dafür braucht es eine gute verkehrliche Anbindung. Wir setzen die Zusammenarbeit der Stadt mit der HfG in Service-Learning-Projekten fort, bei denen Studierende Lösungen für die Stadt entwickeln. Bei Leerstand ermöglichen wir Zwischennutzungen und fördern autonome Initiativen - im beiderseitigen Interesse.

Auch mit dem Wettercampus streben wir eine gute Zusammenarbeit an.

Wir unterstützen die Idee, eine weitere Hochschule in Offenbach anzusiedeln.

Für Studierende und Auszubildende fehlt bezahlbarer Wohnraum. Wir begrüßen das entstehende Studierendenwohnheim in der Alten Post und setzen uns für weitere ein. Initiativen für Azubi-Wohnen und für das Zusammenleben beider Gruppen unterstützen wir ebenso.

Erwachsenenbildung

Wir möchten die gute Arbeit der Volkshochschule und des Offenbacher Bildungsbüros weiterhin positiv begleiten.

Im Bereich der Erwachsenenbildung wollen wir für mehr Transparenz sorgen und eine bessere Übersicht über die bestehenden Bildungsangebote schaffen.

KULTUR MACHT OFFENBACH LEBENDIG!

Ob Theater, Musik, Street Art oder Nachbarschaftsfeste: Kultur verbindet Menschen, schafft Identität und treibt unsere Stadt voran. Kultur ist kein Luxus, sondern ein Grundbedürfnis wie Bildung oder Gesundheit. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen in Offenbach Zugang zu Kultur haben – im Zentrum oder im Stadtteil, digital oder vor Ort.

Kunst braucht Freiheit, Künstler*innen brauchen Sicherheit. Wir wollen Räume erhalten und schaffen, in denen Kultur gedeihen kann, ohne sich kommerzialisieren zu müssen. Kultur ist mehr als ein Wirtschaftsfaktor: Sie stärkt Zusammenhalt, gibt Stimmen Gehör und bereichert unser Leben.

Wir GRÜNEN stehen trotz der aktuellen finanziellen Rahmenbedingungen dafür ein, dass Kunst und Kultur die Lebensqualität ausmachen und als notwendige Institutionen unserer Stadtgesellschaft betrachtet werden – und nicht als Dienstleistungen, die je nach Kassenlage gekürzt werden können. Unser Ziel ist eine Stadt, in der Kultur und Sport Motoren für Integration, Gemeinschaft und Lebensqualität sind.

Kulturräume schaffen und sichern

Eine lebendige Kulturszene braucht Raum. Deshalb setzen wir uns für ein „Haus der Vereine“ ein. Dort sollen Offenbacher Vereine und Kulturinitiativen ein Zuhause finden. Geplant ist ein bezahlbarer Veranstaltungsraum für bis zu 200 Personen, um das kulturelle (Vereins-)Leben der Stadt zu stärken.

Unser Ziel ist klar: In allen Stadtteilen sollen nach und nach kostengünstige Räume für kulturelle Angebote entstehen. Kultur darf nicht nur im Zentrum stattfinden, sondern muss in allen Quartieren erlebbar sein.

Das Kulturkarree rund um den jetzigen Bibliotheksstandort wollen wir als zentrales, innerstädtisches Kulturareal weiterentwickeln und mit Leben füllen. Durch den Wegzug der HfG und der danebenliegenden Gebäude der Kirchengemeinde bietet sich die Möglichkeit, das Gebiet des Kulturkarrees zu vergrößern. Wir



GRÜNE wollen in einem Bürgerforum Ideen und Konzepte zur Weiterentwicklung des Kulturkarrees erarbeiten. Neben der Umsetzung des Zukunftskonzepts Innenstadt könnte die Entwicklung des Kulturareals als städtebauliche Entwicklungsmaßnahme in Betracht gezogen werden.

Kultur für alle: Niedrigschwellig und mobil!

Wir GRÜNE wollen Kultur zu den Menschen bringen. Erfolgreiche mobile Formate wie der „Bücherbus“ sollen gestärkt werden. Zusätzlich wollen wir niedrigschwellige Kulturangebote in der Innenstadt ergänzen.

Wir bringen Kultur dorthin, wo die Menschen sind: in die Stadtteile, auf die Plätze, in die Nachbarschaften – und ins Netz! Mit mobilen Kulturangeboten wie Pop-up-Bühnen oder Kulturbussen machen wir Kunst und Kreativität für alle zugänglich – egal, wo jemand wohnt oder wie voll der Geldbeutel ist.

Kultur digital erleben – jederzeit und überall!

Ob virtuelle Ausstellungen, Online-Kurse oder digitale Stadtführungen: Wir setzen auf moderne, niedrigschwellige Formate, die Kultur interaktiv und ortsunabhängig erlebbar machen. Langfristig soll eine digitale Kulturplattform für Offenbach entstehen. Sie bietet alles von Live-Streams lokaler Kunstschafter bis zu Online-Workshops und schafft mehr Teilhabe für alle. Hierfür setzen wir uns ein.

Kunst im öffentlichen Raum

Kunst soll in Offenbach sichtbar sein und den öffentlichen Raum bereichern. Wir fördern das Prinzip „Kunst am Bau“ stärker und ermutigen Unternehmen, sich an Murals, Farbkonzepten oder Begrünungsmaßnahmen zu beteiligen. Zudem sollen städtische Bauten künftig verpflichtend „Kunst am Bau“ umsetzen.

Lebendige Kulturveranstaltungen und Feste

Die vielfältigen Stadtteilfeste prägen den Charakter Offenbachs. Sie müssen erhalten und gestärkt werden. Wir setzen uns für transparente und faire Vergabekriterien bei Fördermitteln ein. Vorhandene Landesfördermittel werden wir gezielt nutzen.

Live-Konzert-Account:

Wir führen einen „Live-Konzert-Account“ ein, um die lebendige Offenbacher Club- und Musikszene zu stärken. Damit fördern wir Spielstätten mit festen Standorten – anteilig anhand ihrer GEMA-Zahlungen des Vorjahres. Einen zusätzlichen Förderfonds unterstützt kleine Konzerte mit geringen Zuschauerzahlen und niedrigen Eintrittspreisen. Unser Ziel: mehr Live-Konzerte und mehr Chancen für Newcomer und etablierte Künstler*innen! So sichern wir die kulturelle Lebendigkeit unserer Stadt – von der Nachwuchsförderung bis zur Clubkultur.

Kulturzentrum Hafen 2

Das Kulturzentrum „Hafen 2“ ist weit über Offenbach hinaus ein beliebter und unverzichtbarer Ort für Konzerte, Kino und Clubkultur. Seine Lage direkt am Main, umgeben von moderner Bürowelt und mit einer einzigartigen Freifläche, macht es zu einem besonderen Ort. Die Entscheidung der Stadt, den Neubau nach dem Abriss des alten Lokschrupps zu unterstützen, war richtig und weitsichtig.

Heute zeigt das Gebäude Sanierungsbedarf. Der Verein suesswasser e. V. trägt das Hafen 2 und erhält jährlich nur einen vierstelligen Betrag aus städtischen Mitteln. Der gesamte Kulturbetrieb und die anstehenden Sanierungskosten werden aus dem gastronomischen Betrieb querfinanziert.

Professionelle Kulturarbeit, wie sie das Team des Hafen 2 seit Anbeginn unter prekären Bedingungen in Vollzeit leistet, muss in einer Großstadt institutionell gefördert werden. Nur eine ausreichende Grundförderung des Hafen 2 ermöglicht den notwendigen Einsatz von Eigenmitteln, um zusätzliche Förderungen einwerben zu können.

Erinnerungskultur

Wir wollen in unserer Stadt die Erinnerungskultur weiter stärken und weiterentwickeln, damit historische Ereignisse und ihre Bedeutung im öffentlichen Bewusstsein verankert bleiben.

Hierzu sollte die Stadt Offenbach ihre Rolle in der Zeit des Nationalsozialismus in Form einer Studie aufarbeiten. Die Studie müsste sich insbesondere wichtigen Akteur*innen der Stadtgesellschaft wie vor allem dem Magistrat, der Stadtverwaltung, der Polizei sowie der Wirtschaft widmen – wie sich diese in der NS-Zeit und danach in der frühen Bundesrepublik verhalten haben. Bestandteile dieser Publikation sollten auch Arisierungen, Zwangsarbeit und die Gesundheits- und Sozialpolitik der Stadt sein. Zudem sollte auch deren Umgang in der Nachkriegszeit mit den Opfern und mit dem Thema Entnazifizierung bei der Untersuchung berücksichtigt werden.

Auch die vergangenen 80 Jahre, von der Nachkriegszeit bis heute haben unsere Stadt Offenbach und uns als Stadtgesellschaft stark verändert. Erforschung und Kenntnis der Geschichte, von Kontinuitäten und Brüchen sind für das Selbstverständnis und die Identifikation der Einwohner*innen mit ihrer Stadt unverzichtbare Grundlagen. Anknüpfungspunkte und damit Identifikationsangebote für alte wie auch neu angekommene und ankommende Offenbacher*innen zu schaffen, ist für eine funktionierende Stadt eine wichtige Aufgabe. Als zentrale Institution für die Bereitstellung von authentischen Quellen und die Vermittlung von Wissen zur Geschichte und Entwicklung von Stadt und Stadtgesellschaft ist das Haus der Stadtgeschichte. Stadtarchiv und Museum müssen über die notwendigen Ressourcen verfügen, um diese Aufgaben in Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren, Vereinen und Initiativen, gut erfüllen zu können.

SPORT FÜR ALLE

In Offenbach dient Sport der Vermittlung gesellschaftlicher Werte und fördert eine offene und solidarische Gesellschaft. Er dient der Gesunderhaltung, Prävention und dem sozialen Wohlbefinden. Sportvereine sind wichtige Träger der außerschulischen Jugendarbeit und vermitteln Werte wie Fairness, Teamgeist und Verantwortung. Diese Strukturen im Freizeit-, Gesundheits-, Inklusions- und Leistungssport zu stärken bedeutet, das friedliche Zusammenleben zu erhalten. Das bedeutet Verantwortung für den Zusammenhalt unserer städtischen Gesellschaft.

Sport für alle Generationen

Wir GRÜNE setzen uns für ein vielfältiges Sportangebot für alle Altersgruppen ein. In einer älter werdenden Gesellschaft sind Bewegungsangebote für ältere Menschen wichtig, wie der Altenplan festlegt.

Freier Eintritt für Kinder!

Wir fordern freien Eintritt ins Schwimmbad für Kinder und Jugendliche und wollen das Waldschwimmbad familienfreundlicher gestalten.

Mehr Bewegung für Kinder!

Wir setzen uns für mehr multifunktionale Bolzplätze und Bewegungsräume ein und gestalten Schulhöfe bewegungsfreundlich.

Sport im Verein, Sport allein?

Wir werden die Situation der Turn- und Gymnastikhallen verbessern und für klare Zuständigkeiten bei der Umsetzung des Sportflächenentwicklungsplans sorgen. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr öffentliche Bewegungsmöglichkeiten wie feste Laufstrecken und dezentrale Sportangebote im gesamten Stadtgebiet entstehen.

Gemeinsam mit den Sportvereinen suchen wir Möglichkeiten, die durch den Ganztags an den Grundschulen wegfallenden Hallenkapazitäten auszugleichen.

Schwimmen lernen – ein Grundrecht!

Schwimmen zu können ist lebenswichtig. Wir wollen das Angebot an Schwimmkursen für Kinder ausbauen und allen Altersgruppen die Möglichkeit bieten, Schwimmen zu lernen.

Soziale Teilhabe sichern

Wir wollen internationale Jugendbegegnungen und Jugendfreizeiten stärken und die Bezuschussung zeitgemäß gestalten, damit alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund teilnehmen können.

Ehrenamt wertschätzen und stärken

Die Vereinsarbeit in Offenbach ist unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir werden die Anerkennungskultur für Ehrenamtliche ausbauen, den Zugang zu Fortbildungen verbessern und daran arbeiten, die Angebote für Ehrenamtscardinhaber*innen und Juleica-Inhaber*innen im Stadtgebiet ausweiten.

Generationenübergang in Vereinen

Um den Generationenübergang in Vereinen zu erleichtern, prüfen wir die Einrichtung einer Vernetzungsstelle, die Vereine bei dieser Herausforderung unterstützt.

Mainufer kulturell beleben

Wir wollen das Potenzial des Mainufers für die Naherholung besser nutzen. Wir setzen uns für eine Freizeitnutzung des Mainparkplatzes ein. Eine Bebauung werden wir nicht unterstützen.

FEMINISMUS

Wir setzen uns für konkrete Verbesserungen der Lebensbedingungen von Frauen* ein und kämpfen entschlossen gegen den wachsenden Antifeminismus sowie tief verwurzelte Diskriminierungen. In Zeiten finanzieller Engpässe müssen wir erzielte Fortschritte schützen. Der Kampf für Gleichberechtigung, gegen Sexismus und Gewalt bleibt unser Ziel. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen* in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist ein grundlegendes Anliegen GRÜNER Politik. Deshalb fordern wir:

- Zeitnahe und flächendeckende Umsetzung des Beschlusses für die Bereitstellung kostenfreier Menstruationsprodukte in Schulen und öffentlichen Toiletten, um allen Menschen den Zugang zu Hygieneartikeln zu ermöglichen
- den Ausbau des Angebots an sicheren öffentlichen Sanitäranlagen.
- einen Verhütungsmittelfonds für Menschen mit geringem Einkommen einzuführen, um gesundheitliche und wirtschaftliche Benachteiligungen aufgrund von Verhütungskosten zu vermeiden.

Die Feministische Gesundheitsversorgung soll sicherstellen, dass alle Menschen in ihrer Vielfalt Zugang zu Gesundheitsdiensten erhalten, die ihren spezifischen Bedürfnissen gerecht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass reproduktive Rechte wie der Zugang zu sicheren Abtreibungen und Verhütungsmitteln gesichert sind und dass psychische Gesundheitsangebote für Frauen* ausgebaut werden.

Wohnungslosigkeit trifft besonders Frauen*, die oft mehrfach benachteiligt sind. Für diese vulnerablen Gruppen entwickeln wir spezifische Lösungen.

Dafür benötigen wir:

- statistische Erhebung zur Zahl obdachloser Frauen* in Offenbach und zu erforderlichen Unterstützungsangeboten,
- Ausbau von Unterkünften für Frauen*, die sichere Übernachtungsmöglichkeiten bieten, insbesondere in Krisensituationen.

Mobilität

Eine feministische Mobilitätspolitik berücksichtigt die Bedürfnisse aller Menschen, insbesondere derjenigen, die durch bestehende Verkehrssysteme benachteiligt sind. Menschen mit Care-Verantwortung sind oft stärker von unzureichender Infrastruktur betroffen, sei es durch mangelnde Sicherheit, unzureichende Barrierefreiheit oder unflexible Zeitmodelle. Unsere Mobilitätspolitik muss dazu beitragen, den öffentlichen Raum für alle zugänglich, sicher und gerecht zu gestalten. Was wir vorhaben:

- Wir beziehen eine geschlechtergerechte Perspektive aktiv in die Verkehrs- und Raumplanung ein, um die oft komplexeren Alltagsanforderungen bestimmter Gruppen gerecht zu werden und soziale Teilhabe zu fördern.
- Sichere Mobilität für alle: Sicherstellung gut beleuchteter, barrierefreier und gut gesicherter öffentlicher Verkehrsmittel, um Frauen* vor Übergriffen zu schützen.
- Gerechte Verkehrsinfrastruktur: Integrierte Verkehrsplanung, die die Bedürfnisse von Menschen mit Care-Verantwortung berücksichtigt – z. B. sichere Fuß- und Radwege sowie gute Anbindung von Wohngebieten an öffentliche Verkehrsmittel.
- Geschlechterspezifische Bedürfnisse bei der Gestaltung von Parks, Straßen, öffentlichen Verkehrsmitteln und Beleuchtungskonzepten berücksichtigen.
- Wir stellen sicher, dass ausreichend Betreuungsplätze für Kinder im Vorschulalter in Kitas sowie für Kinder unter drei Jahren (U3) und für die Nachmittagsbetreuung in Schulen verfügbar sind.

Arbeitsmarktpolitik

Die berufliche Teilhabe von Frauen* ist von strukturellen Ungleichheiten geprägt. Wir setzen uns für gleiche Chancen, faire Bezahlung und gezielte Fördermaßnahmen ein. Konkret wollen wir:

- Ausbildungsplätze durch betriebliche Aktivitäten öffnen, um jungen Menschen den Einstieg in verschiedene Berufsfelder zu erleichtern.
- Wir etablieren Mentoring-Projekte, um Frauen individuell zu fördern und den Zugang zu Führungspositionen und Entscheidungsgremien zu erleichtern.
- In städtischen Gesellschaften sorgen wir für mehr Parität, nicht nur in Spitzenpositionen. Beim Gebäudemanagement sollen nicht nur die Hausmeisterdienstleistungen, die bisher überwiegend von Männern erbracht werden, von eigenen Mitarbeitenden übernommen werden, sondern auch die Reinigungstätigkeiten, die häufig von Frauen ausgeführt werden. Wir wollen hier eigenes Personal einsetzen, statt Subunternehmen zu beauftragen.

Wir begrüßen tarifliche Verbesserungen, vor allem in pädagogischen Berufen sowie in der Alten- und Krankenpflege. Wir fördern bessere Ausbildungsbedingungen in städtischen Einrichtungen und berufsbegleitende Studienabschlüsse.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für viele Menschen, besonders für Alleinerziehende, eine zentrale Herausforderung. Eine familienfreundliche Infrastruktur – von flexibler Kinderbetreuung bis zu gemeinschaftlichen Wohnformen – ist essenziell, um die Teilnahme am Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Daher werden wir:

- Den Aktionsplan zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiterführen und bestehende Maßnahmen umsetzen.
- Eine Familienservicestelle einrichten.
- Wir bauen die Betreuungsplätze im Vorschulalter in Kitas und für unter Dreijährige (U3) sowie die Nachmittagsbetreuung in Schulen aus.

Teilhabe und Mitbestimmung

Die Gleichstellung aller Geschlechter ist für uns GRÜNE ein fundamentales Ziel. Nur mit echter Chancengleichheit können alle Geschlechter in allen gesellschaftlichen und beruflichen Bereichen gleichberechtigt mitgestalten und die Zukunft prägen. Wir besetzen konsequent mindestens die Hälfte der Stadtverordnetenmandate mit Frauen. Deshalb fordern wir:

- Eine bessere Vereinbarkeit von Ehrenamt und beruflichen oder familiären Verpflichtungen. Dazu gehört auch die digitale oder hybride Teilnahme an Ausschüssen und anderen Gremien wie Aufsichtsräten. So lassen sich Fahrtzeiten und die Organisation von Kinderbetreuung, vor allem bei kurzen Sitzungen, einsparen.
- hinreichende Ausstattung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, damit sie ihre Aufgaben vollständig erfüllen kann
- die Einführung verbindlicher Zielvorgaben für eine paritätische Besetzung von Entscheidungspositionen in kommunalen (Tochter-)Unternehmen, Gremien und Verwaltung.

- Förderung der Teilhabe von Menschen in kommunalen Entscheidungsprozessen und Unterstützung entsprechender Programme in der Kommunalpolitik
- Förderung von Initiativen, die die Bedeutung von Frauen* für Offenbach sichtbar machen.
- Konsequente Umsetzung des Beschlusses zur vorrangigen Benennung von Straßen, Brücken, Wegen und Plätzen nach Frauen, um den Anteil weiblicher Persönlichkeiten im öffentlichen Raum von Offenbach zu erhöhen. Um einen entscheidenden Schritt voranzukommen, schlagen wir vor, das nächste Baugebiet als Viertel für Menschen mit weiblicher Geschlechtsidentität auszuweisen.

Feministische Verwaltungsplanung

Feministische Perspektiven müssen in allen kommunalen Entscheidungen berücksichtigt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass bei sämtlichen kommunalen Entscheidungen die unterschiedlichen Auswirkungen auf alle Geschlechter beachtet werden (Gender Mainstreaming). Feministische Perspektiven müssen in die Gestaltung des öffentlichen Raums (Gender Planning) sowie in das Haushaltsverfahren (Gender Budgeting) einfließen. Das Gender Budgeting erweist sich in der Praxis jedoch als zu schwergängig, weil Verwaltungen ihre Prozesse nicht verändern. Deshalb achten wir insbesondere in Bereichen wie Museen, Kultur, Jugend- und Sportförderung auf eine geschlechtergerechte Verteilung öffentlicher Mittel. Der Sportstättenentwicklungsplan bietet eine Grundlage, um eine gerechte Mittelverteilung durchzusetzen.

Um voranzukommen, suchen wir Verbündete wie die Frauenbeauftragte und die Gleichstellungskommission. Wir fordern zudem eine Geschlechtsdifferenzierung bei allen statistischen Datenerhebungen und -auswertungen, um die Betroffenheit verschiedener Geschlechter zu analysieren.

Gewalt gegen Frauen* und Mädchen

Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen* und Mädchen ist eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung. Alle Mädchen und Frauen* sollen selbstbestimmt, gleichberechtigt und gewaltfrei leben können. Wir setzen uns dafür ein, dass sie in allen Lebenslagen, vor allem in Notsituationen, niedrigschwellige und bedarfsgerechte Unterstützung erhalten. Wir fördern Geschlechtergerechtigkeit in den städtischen Strukturen.

Wir werden:

- die Umsetzung der Istanbul-Konvention vorantreiben. Der Ausbau des Frauen*hauses ist gelungen. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen* auch nach dem Aufenthalt im Frauen*haus eine Perspektive und Schutz erfahren. Hierzu gehören therapeutische Angebote, berufliche Perspektiven und rechtliche Beratung, die es den Betroffenen ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen und sich in die Gesellschaft zu reintegrieren.
- Stärkung der Koordinierungsstellen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention mit mehr finanziellen Ressourcen
- Finanzierung von Frauen*hausplätzen für Gewaltbetroffene und ihre minderjährigen Kinder sichern und ausbauen
- Unterstützung und Förderung des Kooperationsverbunds, der Opfern von Vergewaltigungen eine medizinische Ersthilfe im Sana-Klinikum und im Ketteler-Krankenhaus ermöglicht. Erweiterung der Ersthilfe auf andere Formen der Gewalt (Körperverletzung).
- Eine bedarfsorientierte und niedrigschwellige Beratungsstruktur erhalten und fördern.
- Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt fördern und Initiativen wie die Beratungsstelle Halte.Punkt finanziell unterstützen, die sich gegen geschlechtsspezifische Gewalt engagieren, unter anderem an Schulen. Wir beziehen dabei Gewalt gegen queere Menschen mit ein. Dies erfolgt in einer Gesamtstrategie zur Gewaltprävention.
- Vereine und Projekte stärken, die mit jungen Menschen zu Rollenklischees und Sexismus arbeiten.
- Im Sicherheitsbereich (z. B. beauftragte Sicherheitsunternehmen) setzen wir uns für die Sensibilisierung von Mitarbeitenden im Umgang mit vulnerablen Gruppen ein.
- Wir unterstützen die Arbeit von „Frauen helfen Frauen“. Für diese Arbeit benötigen sie mindestens eine zusätzliche Stelle.

Der Kampf gegen Gewalt an Frauen* ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Wir werden nicht ruhen, bis alle Personen in Offenbach die Sicherheit und Unterstützung erhalten, die sie brauchen – unabhängig von Herkunft,

Alter oder sexueller Orientierung. Gemeinsam schaffen wir einen Raum, in dem Gewalt keinen Platz hat und Frauen* in ihrer Vielfalt und Stärke gestärkt werden.

DEMOKRATIE

Offenbach soll eine Stadt sein, in der alle Menschen sicher leben, gehört werden und aktiv mitgestalten können. Wir haben bereits wichtige Schritte zur Förderung der Demokratie, zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Stärkung der Beteiligung unternommen. Die Herausforderungen bleiben groß: Rechtsextremismus, Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung bedrohen das gesellschaftliche Miteinander. Gleichzeitig fühlen sich viele Menschen, insbesondere aus marginalisierten Gruppen, nicht ausreichend vertreten und gehört. Deshalb setzen wir uns ein für:

- Regelmäßige Schulungen zu Antirassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und Rechtsextremismus für Ordnungskräfte, Sozialarbeiter*innen und Verwaltungspersonal, um Sensibilität, Sicherheit und Vertrauen zu stärken;
- stärkere Beteiligung und echte Mitbestimmung durch den Ausbau von Bürger*innenräten, Sozialbeiräten und Beteiligungsbudgets, insbesondere für Menschen aus marginalisierten Gruppen.
- die Förderung politischer Bildung und Demokratieprojekte im Alltag vor Ort in den Stadtteilen.
- mehr Sichtbarkeit und bessere Ausstattung für Stadtteilbüros und lokale Anlaufstellen.
- Barrierefreien Zugang zu Wahlen und Parteiveranstaltungen sowie Informationen in Leichter Sprache und Gebärdensprache der Stadt Offenbach;

Wir wollen den interreligiösen Dialog intensivieren und neue Formen der Beteiligung ermöglichen, etwa durch Online-Abstimmungen zu wichtigen Themen. Gemeinsam mit religiösen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen schaffen wir Räume für Begegnung, Austausch und demokratische Debatten.

Unser Ziel ist ein demokratisches Offenbach, in dem Vielfalt gelebt wird, alle Menschen sicher sind und Mitbestimmung gefördert wird.

Demokratie und politische Bildung:

Menschen lernen Demokratie in ihrem unmittelbaren Umfeld. Deshalb setzen wir uns für Strukturen ein, in denen Menschen wirksam werden und Mitbestimmung erleben können. Wir wollen Projekte in Kitas anstoßen, die Partizipation fördern und Kinder in Entscheidungen einbeziehen. In Jugendzentren sollten Programme zur Förderung von Demokratie und Beteiligung ausgebaut werden, um die Mitgestaltungsrechte von Jugendlichen zu stärken. Angebote für Schulen zu Demokratiewerkshops wollen wir stärker bewerben (z.B. im Offenbacher Methodenkoffer oder Angebote von freien Trägern).

Das Kinder- und Jugendparlament hat sich bereits weitgehende Rechte erkämpft. Ähnliches streben wir für den Stadtschülerrat an. Kinder und Jugendliche wünschen sich eine verständlichere Sprache, eine bessere Einbindung und eine optimierte zeitliche Gestaltung in den Gremien, in denen sie mitarbeiten, insbesondere im Jugendhilfeausschuss, im Jugendbildungswerk usw. Wir möchten das Jugendamt beauftragen, Ideen auf den Weg zu bringen, und wollen selbst zu mehr verständlicher Politik für Außenstehende beitragen.

Das Projekt „Demokratie leben!“ soll, wie in vielen anderen Kommunen, in die Verantwortung des Jugendamts übergehen, um die Anbindung an die Jugendarbeit zu stärken.

Update in der Erinnerungskultur

Offenbach ist eine Stadt der Vielfalt. Dies muss sich auch in der Erinnerungskultur widerspiegeln. Aktuelle Ausstellungen im Haus der Stadtgeschichte und in anderen Kulturinstitutionen zeigen eine Öffnung in Bezug auf diese Themen. Wir setzen uns für eine Verstärkung und für eine systematische Einbeziehung marginalisierter Perspektiven – beispielsweise queerer, migrantischer, jüdischer oder BIPOC-Geschichten – in die städtische Gedenk- und Bildungsarbeit ein. Dazu gehören langfristige Kooperationen mit Initiativen, Akteuren und Organisationen.

Mit niedrigschwelligen, partizipativen Formaten wie digitalen Gedenkformaten oder Erinnerungsprojekten in den Stadtteilen, die in Kooperation mit Stadtteilzentren, der Stadtbücherei oder dem Jugendzentrum

durchgeführt werden, sprechen wir vor allem junge Menschen an. Beispiele hierfür sind ein interaktiver Stadtplan zur NS-Geschichte, zum Kolonialerbe oder zur migrantischen Erinnerung in Offenbach.

Kommunales Förderprogramm „Demokratie vor Ort“

Wir möchten einen niedrigschwelligen und transparenten städtischen Fördertopf für zivilgesellschaftliche Projekte der politischen Bildung und der Erinnerungskultur schaffen. Gefördert werden Workshops, Aktionen oder Ausstellungen in Stadtteilen, die Vielfalt, Migration, Antirassismus und Empowerment thematisieren.

SCHLUSSWORT

Offenbach steht vor großen Herausforderungen und Chancen. Wir GRÜNEN sind überzeugt, dass unsere Stadt mit Mut, Zusammenhalt und klaren Prioritäten eine lebenswerte Zukunft gestalten kann.

Wir setzen auf eine Politik, die nicht im Abstrakten verharrt, sondern im Alltag wirkt: in Schulen und Kitas, auf Straßen und Plätzen, in Vereinen und Nachbarschaften. Wir wollen eine Stadt, die Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit verbindet, Vielfalt als Stärke begreift und allen Menschen Teilhabe ermöglicht.

Unser Ziel ist ein solidarisches, nachhaltiges und gerechtes Offenbach. Sie nutzt Ressourcen klug, schützt die Natur und schafft Raum für Begegnung, Kultur und Wirtschaft. Eine Stadt, die nicht nur verwaltet, sondern gestaltet – gemeinsam mit Ihnen.

Darum bitten wir um Ihr Vertrauen. Lassen Sie uns Offenbach gemeinsam weiterentwickeln – für eine Stadt mit Zukunft, in der wir alle gerne leben.

Ihre Stimme für Offenbach. Ihre Stimme für Bündnis 90/Die Grünen.

DIE LISTE UNSERER KANDIDAT*INNEN

- | | |
|----------------------------|------------------------------|
| 1. Dr. Sabrina Engelmann | 28. Alois Reichenbach |
| 2. Tobias Dondelinger | 29. Basak Taylan-Kiran |
| 3. Hülya Selçuk-Tuna | 30. Milan Touché |
| 4. Wolfgang Malik | 31. Michelle Mallwitz |
| 5. Corinna Maria Sieczka | 32. Botho Schneider-Luhdorff |
| 6. Prince Sarfo Gyamfi | 33. Lana Gerheim |
| 7. Natascha Kabir | 34. Jörg Schwarzwälder |
| 8. Jochen Teichmann | 35. Stefani Schmitz-Moormann |
| 9. Sonja Schneider | 36. Edmund Flößer-Zilz |
| 10. Kai Schmidt | 37. Selina Müller |
| 11. Susanne Locklair | 38. Dr. Ivan Habernal |
| 12. Daniel Pfeiffer | 39. Ursula Richter |
| 13. Patricia Bhend | 40. Björn Wolf |
| 14. Daniel Rese | 41. Dr. Sybille Schumann |
| 15. Ann Katrin Korb | 42. Dr. Hubert Braun |
| 16. Ivan Gregurić | 43. Bettina Prien |
| 17. Senem Bozdag | 44. Uwe Walter |
| 18. Levy Reubig | 45. Dr. Jennifer Jessen |
| 19. Sabine Grasmück-Werner | 46. Sebastian Ricken |
| 20. Michael Thomas | 47. Maren Schöne |
| 21. Inez Hartmann | 48. Christian Stumpf |
| 22. Damian Weidner | 49. Regina Umbach-Rosenow |
| 23. Dr. Kirsten Riechmann | 50. Elmar Werner |
| 24. Henning Kühl | 51. Christiane Esser-Kapp |
| 25. Nadine Menzl | 52. Peter Schneider |
| 26. Olaf Zimmermann | 53. Birgit Simon |
| 27. Gabriele Tsygie | 54. Tarek Al-Wazir |
| | 55. Sabine Groß |



GEMEINSAM GEHT'S.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN OFFENBACH (STADT)